

iNSIDER



NR. 01

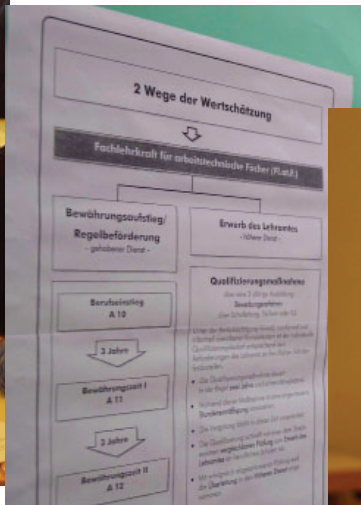
Frühjahr 2024

Zeitschrift der Fachgruppe Berufsbildende Schulen Hessen

35. Jahrgang



*„Nichts ist unmöglich“
gleicheStundenzahl und A13 für FL.a.t.F.!*



**FL.a.t.F -
Berufsschullehrkräfte
II. Klasse!?
GEW-
Fachtagung
Ffm 14.02.2024**

LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,

Die Osterferien sind vorbei, jetzt beginnt m.E. die härteste, weil anstrengendste Zeit an den Berufsbildenden Schulen. Neben einem Prüfmarathon über viele Schulformen hinweg soll ja auch der „normale“ Unterricht laufen, möglichst ohne Ausfall und ohne zu viel Vertretung oder gar „Selbständige Stillarbeit“ oder „Selbständiges digitales Lernen“ bei reduzierter Aufsicht, wie immer das auch bezeichnet wird.



Als ehemaliger Schulleiter einer „Kreisberufsschule“ mit 9 Schulformen kann ich darüber durchaus authentisch berichten, ein Stress für die Lehrkräfte aber auch die Schulleitungen. Und dass Schülerinnen und Schüler nach ihren Prüfungen für „normalen“ Unterricht nach Lehrplan nur äußerst schwer zu motivieren sind, ist verständlich bei unserem auf Prüfungen ausgerichteten Lehren und Lernen.

Damit werden übrigens auch alle Lehrpläne Lügen gestraft, denn sie gehen wie selbstverständlich von voller Stundenzahl bis zum letzten Tag vor den Sommerferien aus, was de facto nicht erfüllt werden kann. Die Lehrplanschreiberlinge haben m.E. diesen Umstand nie beachtet. Ich habe dieses Problem als Schulleiter, als Hauptpersonalratsmitglied und als Redakteur des *insider* in den vergangenen 20 Jahren mehrfach gegenüber dem HKM transportiert, Ergebnis Nullkommanull!

Wie immer sind auch in diesem Heft alle Beiträge wichtig, sonst

würden wir sie ja gar nicht veröffentlichen. Besonders aufmerksam machen wir jedoch auf das u.E. wegweisende Modell „Campus für Berufliche Bildung“ in Ffm wie auch auf die berührende Veranstaltung der Kinzig-Schule in Schlüchtern mit der Urenkelin von Antonia Bruha und ihrem Buch „Ich war keine Heldin“. Sicherlich besonders interessieren dürfte auch die Entwicklung der Schülerzahlen an den BBS in Hessen zwischen 2018 und 2023, zeigen sie doch die Veränderungen zwischen den Schulformen der BBS und v.a. auch die Rückgänge in der größten Schulform, der Berufsschule. Auch damit müssen die BBS – Lehrkräfte und auch die Schulleitungen - möglichst kreativ und zukunftsfähig umgehen, kein dünnes Brett.

Und gerade sehe ich im Fernsehen, dass einer Studie zufolge die Finnen zum wiederholten Male als glücklichste Menschen platziert wurden und die Deutschen von Platz 16 auf 24 zurückfielen. Da fällt mir ein japanisches Sprichwort ein: „Glück kommt zu denen, die lachen“. Offensichtlich lachen wir zu wenig bzw. immer weniger.

Mit diesen – hoffentlich nicht zu oberlehrerhaften Worten – wünsche ich für die anstrengende Strecke bis zu den Sommerferien Durchhaltevermögen und erfolgreiche Prüfungen für Eure Schülerinnen und Schüler.

„Meinem“ Lay Outer Matthias und mir hat es wieder mal richtig Spaß gemacht, für Euch diesen *insider* zu erstellen.

Dieter Freid

INHALTSVERZEICHNIS

Wie arbeitet das HKM? Rangliste Ausbildungsberufe	3
NEWS	4
GEW-Fachtagung FL.at.F. – Eine Nachlese	6
KI im Klassenzimmer	9
HPRS	10
PR-Wahl Berufliche Schulen	11
Campus für Berufliche Bildung	12
Umweltberufe modernisiert	14
Die wissenschaftliche Methode	15
Publikationen	16
Lernen mit/über TikTok	17
Startchancen-Programm Bund	18
Gegenrede zum Hype um die Digitalisierung	20
Eine junge Frau wollte das Nazi-Regime nicht einfach ertragen	22
Wer gibt den BBS den Namen?	24
Und täglich grüßt die PISA-Studie	26
Schülerzahlen an BBS in Hessen	29
Ausbildungsbilanz	30
Neuordnung der Bauberufe	31
Berufsbildende Schule mit Zukunft – GEW Tagung	32

WIE ARBEITET DAS HESSISCHE KULTUSMINISTERIUM?

Eine kaum glaubliche Geschichte!

Wer kennt nicht folgendes Frage-Antwort-Spiel. Frage: „Was ist Beamten-Mikado?“ Antwort: „Wer sich als erster bewegt, hat verloren“. Diese leicht bössartige Beschreibung fiel mir ein, als ich mich aufgrund einer Anfrage auf die Suche nach dem sog. „Wandererlass“ machte, da er auch im Internet nicht mehr auffindbar war.

Im GEW-Schulrechtsordner fand ich dann den Erlass „*Erstattung von Reisekosten für Lehrkräfte und Hilfskräfte bei Schulwanderungen und Schulfahrten*“ vom 22. Mai 2018.

Hier heißt es: „Der Erlass Schulwanderungen und Schulfahrten vom 7. Dezember 2009 (ABl. 2010) ist mit Ablauf des 31. Dezember 2014 außer Kraft getreten, aufgrund des Erlasses des Hessischen Kultusministeriums vom 31. Juli 2015 jedoch weiterhin anzuwenden. Das Hessische Kultusministerium arbeitet derzeit an einer Neuregelung“.

Kann das wirklich wahr sein? Mindestens seit Mai 2018 „arbeitet“ das HKM daran, diesen „Wandererlass“ neu zu fassen, also seit fast sechs Jahren – unfassbar. In diesem Beispiel scheint das Beamten-Mikado tatsächlich real

zu sein. Andererseits bin ich mir fast sicher, dass dies ein Einzelfall ist, oder doch nicht? Zweifel beschleichen mich und schon fällt mir ein anderes Beispiel ein. Seit 1965 gibt es für den Politischen Unterricht an der Berufsschule keinen eigenständigen Lehrplan mehr. Dies ist die Schulform, welche innerhalb des Dualen Systems der Berufsausbildung von über 60 Prozent aller Schüler*innen an den Berufsbildenden Schulen besucht wird. Das aber ist natürlich ein ganz anderes Thema!

Dieter Staudt

BIBB-RANGLISTEN DER AUSBILDUNGSBERUFE NACH NEUABSCHLÜSSEN

Im Beruf „Kaufrfrau für Büromanagement“ haben Frauen in der dualen Berufsausbildung die meisten neuen Ausbildungsverträge abgeschlossen. Mit 16.644 (2022: 16.116) neuen Verträgen rückt dieser Beruf nach zwei Jahren auf Platz 2 wieder an die Spitze der „Rangliste 2023 der Ausbildungsberufe nach Anzahl der Neuabschlüsse – Frauen“ vor der „Medizinischen Fachangestellten“ mit 16.071 (2022: 16.656) neuen Verträgen. Dahinter folgen die „Zahnmedizinische Fachangestellte“, die „Verkäuferin“, die „Industriekaufrfrau“ und die „Kaufrfrau im Einzelhandel“. Insgesamt haben 2023 in diesen sechs Berufen 41,1 Prozent der jungen Frauen einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen. Auf die Top Ten-Berufe der Rangliste entfallen sogar 51,7 Prozent aller weiblichen Neuabschlüsse. Dies zeigen Auswertungen

des BIBB auf der Grundlage der Daten aus der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09.2023 in anerkannten dualen Ausbildungsberufen nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO).

Bei den Männern liegt der „Kraftfahrzeugmechatroniker“ weiterhin unangefochten an der Spitze. 21.939 (2022: 20.295) junge Männer haben 2023 einen Ausbildungsvertrag in diesem Beruf neu abgeschlossen. Der Frauenanteil unter den „Kraftfahrzeugmechatroniker/-innen“ liegt bei 6,6 Prozent.

Zweitstärkster Ausbildungsberuf bei den jungen Männern bleibt der „Fachinformatiker“, gefolgt vom „Elektroniker“ und dem „Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik“. Es folgen in der

Rangliste bei den jungen Männern nahezu gleichauf wie bisher die Ausbildungsberufe „Industriemechaniker“ und der „Verkäufer“, die aber im Vergleich zum Vorjahr die Plätze tauschten. Auf die ersten sechs Berufe entfallen 28,7 Prozent aller zum 30.09.2023 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit Männern.

Weitere Informationen, Tabellen und interaktive Regionalkarten finden Sie im Internetangebot des BIBB unter www.bibb.de/naa309-2023. Die Berufe-Ranglisten nach Neuabschlüssen finden Sie unter www.bibb.de/de/179130 in Tabelle 67 - 2023, Tabelle 68 - 2023 (Männer) und Tabelle 69 - 2023 (Frauen).

BIBB-PM 03/2024 vom 21.01.2024

Vorbemerkung

Die Zusammenstellung unter News ist einerseits gedacht zur Information der Lesenden. Teile davon sind jedoch auch als Anregung und Aufforderung gedacht, die dahinter liegenden Vorgänge und Fakten im Unterricht im Sinne forschenden Lernens zu beleuchten (DS).

GEW im Aufwind: Mitgliederplus von 1,1 Prozent

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist im Aufwind: Sie verzeichnete 2023 ein Mitgliederplus von 1,1 Prozent. Am 31. Dezember 2023 hatte die Bildungsgewerkschaft 275.117 Mitglieder.

Neuer Name – Neues Versprechen?

Das Hess. Kultusministerium hat in der neuen Landesregierung einen neuen Namen bekommen. Es heißt nunmehr „Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen (HMKB). Ob damit auch neue Inhalte und ein frischer Wind einkehren, auch mit einem neuen Minister? Wir dürfen sehr gespannt sein.

Neue Handreichung zu BÜA

Die Handreichung vom Mai 2021 wurde im Oktober 2023 in 26 Seiten + Anlagen aktualisiert. Wir erinnern: der Schulversuch BÜA (Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung) startete am 01.08.2017

und wurde nach Auslaufen am 31.07.2021 bis 31.07.2025 verlängert. Danach soll er in die Regelform überführt werden, obwohl er seine zentrale Zielsetzung, deutlich mehr als 2/3 der Schüler*innen in Ausbildung zu bekommen, nachweislich in keinem Jahr erfüllt hat, sondern jeweils eklatant unter der Zielmarke geblieben ist.

Außerdem wurde durch das HKM mit Stand 12.06.2023 ein Kerncurriculum Berufliche Orientierung veröffentlicht.

Industriekaufmann/-kauffrau

Die Ausbildungsordnung zum Industriekaufmann beziehungsweise zur Industriekauffrau wurde modernisiert und tritt am 1. August 2024 in Kraft.

Kostenfreier Handwerksmeister

In Hessen soll künftig die Ausbildung zum Meister im Handwerk kostenfrei sein. Dafür will das Land eine Prämie von 3.500 € zur Verfügung stellen. Damit soll ein Stück mehr an Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung erreicht werden.

Mehr vergütete Ausbildungsstellen für Erzieher

Die in Hessen bereits unter Schwarz-Grün gestartete Fachkräfteoffensive für mehr Erzieher*innen soll ausgeweitet werden: Beim Programm „Praxisintegrierte vergütete Ausbildung“ (PivA) sollen die bislang 400 geförderten Ausbildungsplätze auf 1000 Stellen aufgestockt werden.

Schulnewsletter KI

Der neue Schulnewsletter der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) vom 19.02.2024

behandelt das Thema „Künstliche Intelligenz“ (KI) und stellt zum Thema geeignete Lern- und Lehrmaterialien der bpb zur Verfügung. www.bpb.de

Eine Welt: Toleranz und globales Lernen - Arbeitsblätter und weitere Unterrichtsmaterialien

Die Globalisierung führt in eine internationale Welt eng vernetzter Systeme mit ganz neuen komplexen Spielregeln und bestimmt bereits die Lebenswelt der Kinder. Umso wichtiger ist es, dass die Schülerinnen und Schüler die Bedeutung von Toleranz und Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Menschen, Religionen und Völkern verstehen lernen und sich zudem der Auswirkungen, Chancen und Gefahren der Globalisierung bewusst werden. Im Schulunterricht sollen die Schüler*innen daher an die verschiedenen Aspekte herangeführt werden, die die Globalisierung mit sich bringt - sei es in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Ökologie oder Gesellschaft. In unserem Dossier finden Sie hierzu weitführende Links und kostenlose Materialien für Ihre Unterrichtsgestaltung.

<https://www.bildungserver.de/toleranz-und-globales-lernen-im-unterricht-3376-de.html>

Faktenpapier zum Stand der Klimaforschung aktualisiert

Vor drei Jahren hat klimafakten.de gemeinsam mit dem Deutschen Klima-Konsortium (DKK), dem Deutschen Wetterdienst (DWD), der Helmholtz-Klimainitiative und weiteren Partnern den Stand des Wissens zu Ursachen und Folgen des Klimawandels kompakt zusammengefasst. Nun liegt die neueste Version dieses Faktenpapiers vor.

Das Papier belegt kurz und knapp in verständlicher Sprache,

dass die gegenwärtige globale Erwärmung eine Tatsache und menschliches Handeln der Hauptgrund ist. Trotz 30 Jahren internationaler Klimapolitik sammeln sich weiterhin immer mehr Treibhausgase in der Atmosphäre an und verstärken den Klimawandel. Notwendig sind dauerhafte und tiefgreifende strukturelle Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft – vom Energiesystem über Landnutzung bis hin zur Infrastruktur.

Das Faktenpapier kann man hier
<https://www.klimafakten.de/kommunikation/was-wir-heute-uebers-klima-wissen-unser-faktenpapier-zum-stand-der-klimaforschung-0>
als PDF-Datei herunterladen.

Climate Box

Die Box bündelt kleine, gebrauchsfertige Lerneinheiten mit Aktivitäten und Materialien, die sowohl im Präsenzunterricht als auch online einsetzbar sind. Sie lassen sich leicht an unterschiedliche Zielgruppen und Lernbedürfnisse anpassen, wobei die vorgeschlagenen Maßnahmen einzeln oder in beliebiger Reihenfolge eingesetzt werden können. Zu jeder Aktivität werden Angaben zu Dauer, Sprachniveau und Informationstiefe gemacht, um die Auswahl zu erleichtern. Zudem enthält ein ergänzender Leitfaden Vorschläge, wie klimarelevante Themen auf aktivierende Weise behandelt werden können.

Wissenswertes zur Climate Box Toolbox und zum Leitfaden bietet die Website <https://climatebox.bupnet.eu/de/toolbox-4>

Aus Politik und Zeitgeschichte

Die Bundeszentrale für Politische Bildung gibt gute und brauchbare Materialien für den Politi-

schen Unterricht heraus – kostenlos. Insbesondere die Hefte „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind eine wahre Fundgrube für einen fundierten Unterricht. Die Zeitschrift veröffentlicht wissenschaftlich fundierte, allgemein verständliche Beiträge zu zeitgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Themen sowie zu aktuellen politischen Fragen. Sie ist ein Forum kontroverser Diskussion, führt in komplexe Wissensgebiete ein und bietet eine ausgewogene Mischung aus grundsätzlichen und aktuellen Analysen.
www.bpb.de/apuz

Neues Service-Portal der NA

Zu Beginn des Ausbildungsjahres 2023 startete die Nationale Agentur (NA) beim BIBB das neue Serviceportal www.Auslandsberatung-Ausbildung.de. Das Portal richtet sich an Betriebe, berufliche Schulen und Kammern.

Azubi-Flyer

Seit Juni 2021 gibt es den Azubi-Flyer „Ein echter Gewinn für deine Ausbildung“. Dieser wirbt für Auslandsaufenthalte während der Ausbildung und beschreibt die Fördermöglichkeiten im Rahmen von Erasmus+. Er wurde jetzt in Leichte Sprache übertragen. Unter dem Titel „Ein Vorteil für deine Berufsausbildung“ liegt der Flyer als barrierefreie PDF und demnächst als Printprodukt vor.
www.na-bibb.de/publikationen

Deutschlandticket für Azubis?

Für Studierende gibt es ein vergünstigtes Deutschlandticket, für Auszubildende (noch) nicht – Gleichbehandlung von akademischer und beruflicher Bildung? Auszubildende sind oft noch minderjährig und von daher besonders

auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Außerdem müssen Azubis häufig über Landesgrenzen hinweg zum Ausbildungsbetrieb oder zu der Berufsschule fahren. Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern bieten dieses Ticket auch Azubis an, wo bleibt Hessen?

Tag der Berufsbildung

„Mit moderner Berufsbildung gegen den Fachkräftemangel“ – das war die zentrale Botschaft des letzten Tages der Berufsbildung des DGB. Alle Beiträge der Tagung kann man nun online nachlesen.
www.wirgestalten-berufsbildung.dgb.de/-/UB9

Tag der Internationalen Bildung am 24.01.2024

Fast täglich entstehen weltweit neue Konflikte, Krisen und Kriege. Aktuell gibt es über 370 Konflikte und Kriege weltweit. Die aktuell rund 115 Millionen Menschen, die vor diesen Konflikten fliehen, werden zwar wahrgenommen, allerdings immer wieder und leider immer häufiger mit Ablehnung und Intoleranz behandelt.
WUS-PM 24.01.2024

Mehr Plastikmüll nach Asien

Deutsche Plastikmüll-Exporte nach Asien sind einer Statistik zufolge im vergangenen Jahr um fast 50 Prozent gestiegen. In 2023 seien rund 158.000 Tonnen Kunststoffabfälle aus der Bundesrepublik nach Asien verschifft worden und damit rund 51.000 Tonnen mehr als ein Jahr zuvor, teilte der Entsorgungsverband BDE mit.
DE 15.02.2024

*Zusammenstellung und Ausführungen
 Dieter Staudt*

GEW-FACHTAGUNG „FL. AT. F. – BERUFSSCHULLEHRKRÄFTE ZWEITER KLASSE!?“

- Eine Nachlese -

Am 14. Februar 2024 führte die GEW diese sehr gut besuchte Fachtagung durch. Zwei Teilnehmer stellen ihre subjektiven Eindrücke dar, für die wir uns herzlich bedanken.



Gleiches Geld für gleiche Arbeit

Am 14. Februar 2024 war es endlich so weit, Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer (kurz FL.at.F.) aus ganz Hessen hatten die Möglichkeit, sich zu ihrer Situation auszutauschen. Die rundherum gelungene Tagesveranstaltung im DGB-Haus in Frankfurt thematisierte die Arbeitsbedingungen und die veränderten Rahmen- und Eckpunkte der letzten Jahrzehnte bezogen auf die Fl.

Am Ende des Tages konnte das über Jahre entwickelte Ungleichgewicht, ja eine Schieflage und die sich daraus ergebende Frustration, durchaus als systematisches Versäumnis attestiert werden.

Kurz zusammengefasst und auf den Punkt gebracht:

- Fl.at.F. müssen eine Stunde

mehr als Studienrät*innen unterrichten

- Anfangsbesoldung A 10 im Gegensatz zu Studienrät*innen A 13+
- nach 6 Jahren Höhergruppe-

rung nach A 11

- Aufstiegsmöglichkeit zu A 12 (Koordinator*in für Fachpraxis) für Wenige (120 Stellen bei ca. 110 Schulen)
- Die Möglichkeit, als BÜA-Koordinator*in nach A 12 zu kommen (zum BÜA-Start wurden 20 Stellen geschaffen) ist nicht mehr vorgesehen. Das sollen offensichtlich Funktionsstellen für Studienrät*innen werden.

Sehr anschaulich skizzierte Dieter Staudt (Redakteur des Berufsschul Insider) die Entwicklung vom Lehrwerkmeister 1967 mit den Etappen bis hin zur gemeinsamen Ausbildung der Fachlehrenden mit den Studienräten im Rahmen der Lernfelddidaktik. Die Trennung von Theorie und Praxis wurde aufgehoben und es sollte gemeinsam in Lernsituationen unterrichtet werden.

Im Ergebnis kommt es für uns zu einem Leistungsspektrum, das kaum oder gar nicht von Studienrät*innen zu unterscheiden ist. Fl.at.F. unterrichten heutzutage ganze Klassen, übernehmen Klassenleitungen und verknüpfen Theorie und Praxis in Lernsituationen. Sie engagieren sich in Schulgremien und wirken bei den Abschlussprüfungen in den Kammern wesentlich mit. Außenstehende und v.a. die Schüler*innen verstehen den Unterschied kaum oder gar nicht. Der einzige Unterschied ist ein nicht „vorhandenes“ zweites Fach. Damit werden die von uns erworbenen Kompetenzen durch Berufstätigkeit als „nichtig“ erklärt. Dabei haben gerade wir lange Jahre in betrieblichen Zusammenhängen gearbeitet, Fachkompetenz erlangt, ja, Betriebe sogar geleitet. Was besonders wütend macht, ist im Vergleich zu den Studienrät*innen die bei gleicher Arbeit deutlich schlechtere Eingruppierung, was sich nicht nur monatlich, jährlich, sondern letztendlich auch später im Ruhestand deutlich bemerkbar macht und einen erheblichen monetären Unterschied generiert. Wer Zahlen mag kann das ja mal berechnen.

Um Druck aus dem Kessel zu nehmen, gibt es einen HKM-Erlass aus dem Jahr 2017, welcher die Möglichkeit einer Weiterbildung durch ein zusätzliches Studium mit nachfolgendem Referendariat beinhaltet, was dann zum Lehramt führt. Die damit verbundenen Bedingungen sind jedoch für die Allermeisten nicht annehmbar. Mitgebrachte Kompetenzen sowie in der Lehr-tätigkeit erbrachte Leistungen und

Kompetenzen werden völlig unzureichend angerechnet.

In diesem Zusammenhang stellte ein bayrischer Kollege sein Aufbaustudium vor. Mit 3 Anrechnungstunden/Woche für 2 Jahre absolvierte er 4 Semester mit 26 Seminaren (je 2 Stunden) als Masterstudiengang. Ein Kollege aus Rheinland-Pfalz stellte das dortige System zur Weiterqualifizierung vor. Hier wird ein Zusatzstudium ohne Ermäßigungen, aber mit hoher Flexibilität, ermöglicht. Beide Modelle sind aufgrund der miserablen Bedingungen nur für besonders leidensfähige Lehrkräfte und kein Modell für Hessen.

Nach einer Mittagspause wurden weitere Aspekte in Arbeitsgruppen besprochen. Dass in der Lernfelddidaktik das Zusammenspiel von „klassischen“ Studienräten und „praxisorientierten“ Fachlehrenden eine sehr förderliche Kombination ist, wird vor Ort in den Schulen nicht bestritten. Aufgrund fehlender Kräfte sind es auch Fachlehrkräfte, welche die gleiche Arbeit wie alle im Kollegium verrichten und so den Laden am Laufen halten. Die angeblich im HKM gefallene Aussage, dass der Unterricht von uns Fachlehrkräften - Lernfeldunterricht in Werkstätten/Fachräumen - nicht mehr benötigt wird und dass Studienrät*innen das abdecken könnten, geht an der Realität völlig vorbei, insbesondere wenn es um Unterrichtsinhalte in der Berufsschule geht. Davon profitieren übrigens auch die Bildungsgänge der Berufsvorbereitung oder die Berufsfachschule. Befremdlich ist, wenn trennende Begrifflichkeiten wie Theorieunterricht und praktischer Unterricht von Seiten des Kultusministeriums wieder hörbar werden.



Nachdenklich, aufgewühlt und teils frustriert

Zunächst einmal sage ich (bestimmt auch im Namen aller anwesenden Kolleginnen und Kollegen) „danke“ für die hervorragend organisierte Fachtagung. Nahezu 60 Kolleginnen und Kollegen waren mit hoher

Gleiches Geld für gleiche Arbeit?
Als kurzfristige erste Maßnahme eine Stunde weniger als sichtbares Signal. Dann die Möglichkeit eines Bewährungsaufstiegs, sprich‘ Höhergruppierung stufenweise und in einem festgesetzten Zeitraum. Und schließlich denen, die mehr wollen, einen Weg zum Lehramt zu realistischen und annehmbaren Bedingungen anbieten.

Will das HKM wirklich darauf verzichten, vorhandene personelle Ressourcen zu fördern und zu ermutigen, in einer Zeit, in der mehr und mehr Lehrkräfte fehlen? In der von „Fachkräftemangel“ gesprochen wird? Wäre es nicht eher förderlich, die engagierten Fachlehrkräfte zu motivieren, statt sie permanent zu demoralisieren und auszugrenzen?

Das wäre sicherlich ein deutlicher Werbefaktor für eine Arbeit mit Jugendlichen und mit jungen Heranwachsenden.

Stefan Döring
Gutenberg Schule Ffm

Aufmerksamkeit dabei.

Allerdings: Sehr nachdenklich, sehr aufgewühlt und teils frustriert habe ich die Veranstaltung verlassen. Dies lag ausdrücklich nicht an der Arbeitsatmosphäre sowie den Kolleginnen und Kollegen oder den Beiträgen vor Ort. Nein, meine Nachdenklichkeit, Aufgewühltheit und Frustration ergibt sich aus der Tatsache, dass wir uns in einer schier ausweglosen Situation befinden, welche uns – nach dem heutigen Stand – wohl leider bis zu unserer Pensionierung begleiten wird. Wir befinden uns in einer Sackgasse. Und ich frage mich an dieser Stelle nochmals, ob sich das



Land Hessen in der derzeitigen Situation ca. 1000 hochqualifizierte (Fach)lehrer(innen) leisten kann, bei welchen die berufliche Sackgasse zu einer (im Maximalfall) innerlichen Kündigung oder dem

berühmten „Dienst nach Vorschrift“ zwangsläufig führen muss?

Im Tagesordnungspunkt „Blick über die Landesgrenzen“ zeigte uns Tino Schaab (s)einen Weg auf, wie er durch seine akademische Weiterqualifizierung im Bundesland Bayern zum StR. aufgestiegen ist. Ich hatte bereits während der Veranstaltung meinen

„Hut gezogen“ vor den Strapazen und Mühen, welche Herr Schaab auf sich genommen hat. Trotzdem behaupte ich, dass dieser Weg nicht der Weg ist, welcher von einem Großteil der anwesenden Kolleginnen und Kollegen gegangen werden

kann. Nein, im Gegenteil – wir alle haben bereits während unserer bisherigen beruflichen Arbeits- und Dienstzeit „geliefert“. Nun ist es an der Zeit, uns für unseren gleichwertigen Unterricht in Bezug auf unsere höher dotierten Kolleginnen und Kollegen angemessen zu alimentieren. Ich persönlich sage ausdrücklich „Nein“. Nein, ich möchte mich weder akademisch noch sonst in irgendeiner Weise zu einer nochmaligen beruflichen und akademischen Fort- und Weiterbildung „aufraffen“. Ich habe bereits „geliefert“ und in vielen Unterrichtseinheiten und innerhalb schulischer Aktivitäten gezeigt, dass ich in der Lage bin, lernwilligen Menschen berufliche Inhalte aus Theorie und Praxis zu vermitteln.

Kollege Dieter Staudt wies in seinem Vortrag auf „das bisher Erreichte der GEW für Fl.at.F.“ hin. Zweifellos sind hier Erfolge zu verzeichnen. Doch bzgl. der Höhergruppierung befinden wir uns, in meinen Augen, in einer Sackgasse. Alles, was in der ausgelegten Broschüre unter der Rubrik „Was ist auch in

Zukunft notwendig“ abgedruckt wurde, sind Aktionen, Pläne und Ideen, welche schon in den mittlerweile 20 vergangenen Jahren durchgeführt und mehr oder weniger (hier eher weniger) zum Erfolg geführt haben. Fast alle diese Karten wurden bereits mehrfach auf den Tisch gelegt und gespielt. Sie sind uns allen bestens bekannt.



In verschiedenen Gesprächen während der Veranstaltung konnte ich hören, dass der „politische Wille“ fehle, uns zu unterstützen, wir Fl.at.F. keine Lobby besitzen oder dem Land einfach das Geld fehle. Auch, dass es im Kultus- bzw. Innenministerium keine verantwortliche Person gibt, die sich mit unseren Problemen konkret auseinandersetzen möchte/darf/kann, gibt mir zu denken. In den Gesprächen fielen diverse Namen mit unterschiedlichen politischen Ämtern, Namen mit Funktionen aus unterschiedlichen Gremien, Ministerien und Fraktionen. Ich möchte nicht belehrend wirken, aber spätestens an dieser Stelle habe ich feststellen müssen, wie hilflos und alleingelassen wir sind. An wen wollen wir denn mit den zukünftigen Aktionen appellieren? In jedem Unternehmen gibt es für ein Problem

Eine Dokumentation zur Fachtagung steht nach den Osterferien auf der Homepage der GEW Hessen unter www.gew-hessen.de

bzw. ein Anliegen einen Ansprechpartner. Für die Anhörung und Lösung der Probleme wird er bezahlt.

Deshalb meine Forderung(en):

1. Zeitnahes/baldmöglichstes Finden einer verantwortlichen Ansprechperson in der **jetzigen** Hessischen Landesregierung bzw. in den entsprechenden Ministerien.

2. Ein Treffen (sämtlicher Fachpraxiskoordinatoren aus Hessen) + Vorsitzenden der zuständigen Gewerkschaften mit diesen Ansprechpersonen. Hier das Ziel, unsere schulischen Tätigkeiten endlich in eine entsprechende Besoldungsgruppe einmünden zu lassen. Und

hierbei denke ich ausschließlich an den „kurzen“ Dienstweg.

Ziemlich naiv, so könnte man meine Forderungen bezeichnen. Natürlich wird dies (wie so vieles) leider nicht umzusetzen sein. Ich bin aber auch nicht so naiv um zu glauben, dass sich auf immer wiederkehrende Aktionen nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ irgendwelche Veränderungen herbeiführen lassen. Wenn wir ehrlich sind, haben das die vergangenen Jahre doch auch gezeigt, oder? Es hat sich besoldungstechnisch leider nichts verändert. Deshalb nochmals mein ausdrücklicher Appell:

„Endlich alle verantwortlichen und handelnden Entscheidungsträger zeitnah an einen Tisch!“

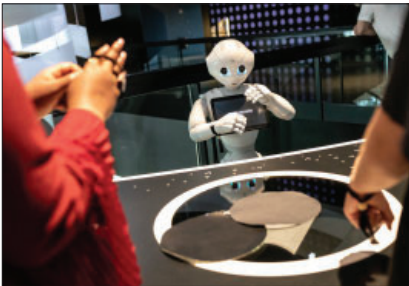
Ich wünsche uns darüber hinaus aber trotzdem weiterhin (viel) Freude und Motivation an und mit unserem Job – auch und gerade im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler.

**Holger Jüngst Fl.at.F.
aus Marburg**

KI IM KLASSENZIMMER

SWK sieht Potenzial für Chatbots in Schulen

Ein Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) mit Programmen wie ChatGPT in Schulen hat aus Sicht führender Bildungsexperten großes Potenzial. Es gebe allerdings viele Voraussetzungen und Bedingungen für eine lernförderliche und verantwortungsbewusste Nutzung dieser Instrumente, betonte die *Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz* in einem nun veröffentlichten Papier. Das Gremium empfahl kurzfristig eine Übergangsphase zur systematischen Erprobung solcher KI-Tools „bei offener Fehlerkultur“. Auch auf Risiken und Hürden wies die SWK hin.



Ein zentraler Satz lautet: „KI kann und sollte Lehr- und Lernprozess unterstützen, die finale Entscheidung beziehungsweise Bewertung und die Verantwortung für das Endprodukt muss bei Menschen liegen.“ Lehrkräfte müssten dafür qualifiziert sein, Fortbildungsangebote rasch ausgebaut werden.

In der Grundschule sollte der Kommission zufolge auf texterstellende KI-Instrumente wie ChatGPT ganz und in den ersten Jahren der weiterführenden Schule weitgehend verzichtet werden. Hier müsse der Fokus auf dem Erwerb von Lese- und Schreibkompetenzen liegen. Vom achten Jahrgang an könne ein regelmäßiger Einsatz als Schreibunterstützung erfolgen, während weiterhin auch Texte ohne diese Hilfsmittel

erstellt werden sollten. Die Verwendung von KI müsse eng begleitet werden. Die KI-Programme können nach SWK-Angaben vor allem dann unterstützen, „wenn Lernende über hohe fachliche, Schreib-, Lese- und digitale Kompetenzen verfügen“. Sie sollten daher bei älteren Schülern wie auch in Hochschulen zum Einsatz kommen. Der Aufbau der Lese- und Schreibkompetenz in den ersten Schuljahren solle ohne Große Sprachmodelle (Large Language Models/LLM) wie ChatGPT und Co. erfolgen.

Geschätzte 20 Prozent der Schüler verwenden ChatGPT

Aktuelle Schätzungen gehen laut Kommission davon aus, dass mindestens 20 Prozent der Schüler in Deutschland ChatGPT bereits als Info-Quelle, für Textproduktion und -übersetzung verwenden. Für Lehrkräfte sehen die Bildungsexperten ebenfalls viele, oft noch unterschätzte Möglichkeiten: Etwa für die Unterrichtsplanung, das Erstellen von Wissenstests mit unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden oder auch die Entwicklung von Unterrichtsmaterial, differenziert nach Leistungsstärke der Schüler. KI könne aber die didaktischen Fachkenntnisse einer Lehrkraft nicht ersetzen.

Worin bestehen laut SWK Risiken?

Chatbots reagieren auf Spracheingaben und erstellen Texte, die auch erfundene Sachverhalte und Fehler enthalten, aber dennoch plausibel klingen.

Die Schüler müssten in der Lage sein, Inhalte hinsichtlich Qualität, Korrektheit, Vertrauenswürdigkeit zu bewerten, die Steuerung im

Prozess durch ihre Spracheingaben zu übernehmen. Kritisches, analytisches Denken, auch fachliches Wissen seien erforderlich. Gerade bei schwächeren Schülern könnten diese Kompetenzen eher nicht vorausgesetzt werden. Ein versierter Umgang mit KI-Instrumenten solle als neues Lernziel geübt und geprüft werden.

Derzeit gebe es Unsicherheiten auch mit Blick auf Prüfungsformate, hier müsse die Prüfungskultur weiterentwickelt werden. Es sei davon auszugehen, dass eine gekonnte „Koaktivität“ mit ChatGPT und Co. eine wichtige Zukunftskompetenz darstellen werde. Das SWK-Papier verweist auch auf „technologische, ethische und rechtliche Probleme“, die einen rechtmäßigen Einsatz im Schulbereich in Frage stellten. Der Bildungspolitik komme die Aufgabe zu, KI-Instrumente in geeignete Lernplattformen zu integrieren. Allen Lernenden und Lehrenden sollte dem Gremium zufolge ein kostenfreier oder günstiger Zugriff ermöglicht werden.

Yuriko Wahl-Immel in: DE 18.01.2024

Quelle: Large Language Models und ihre Potenziale im Bildungssystem

Impulspapier der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz vom 18.01.2024

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) ist ein unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK).
www.swk-bildung.org

Digitale Verkündigungsplattform

Das neu benannte Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen (HMKB – vorher HKM) informierte über die digitale Verkündigungsplattform (Start war der 01.01.2024), auf der zukünftig alle Gesetze und Verordnungen des Landes vorgehalten werden sollen. Das Amtsblatt werde es vorerst weiterhin geben.

Novellierung der Verordnung über die Ermäßigung der Pflichtstundenzahl für Personalratsmitglieder im Schulbereich

Der HPRS hat den vorgelegten Entwurf als völlig unzureichend kritisiert. Die Dienststelle verwies demgegenüber auf die anstehenden Diskussionen mit dem HMSI, welches für alle Bereiche federführend sei. Die GEW hat mit ihrer Online-Petition (siehe Homepage gewhessen.de) auch Forderungen zur Entlastung der Personalräte veröffentlicht.

Frauenförder- und Gleichstellungsplan für die Hessische Lehrkräfteakademie und die Studienseminare für den Zeitraum 2024-2029

Der HPRS hat in umfangreichen Erörterungen den Plan mit den tatsächlichen Stellenbesetzungen abgeglichen. Bei den Formulierungen in Ausschreibungstexten gibt es die Zusage, zukünftig die

Formulierungen des § 9 HGIG aufzunehmen, sofern Frauen in den Bereichen der Ausschreibung unterrepräsentiert sind. Der HPRS konnte somit den Frauenförder- und Gleichstellungsplan mit umfangreichen Anmerkungen zur Kenntnis nehmen.

Richtlinie zur Beurteilung der LiV durch die SchulleiterInnen im Rahmen der novellierten Ausbildung ab 01.11.2022

Kritisch hat der HPRS die Dienststelle mit zwei Passagen der Richtlinie konfrontiert: Beim Punkt „Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen“ fand sich der Satz „[Die LiV] integriert sich in das Kollegium und zeigt adäquates Verhalten gegenüber der Schulleitung.“ „Adäquates Verhalten“ wurde durch „angemessenes dienstliches Verhalten“ ersetzt. Im Punkt Erstellung des Gutachtens wurde der Text so verändert, dass der Beitrag der Schulleitung der Abordnungsschule (nicht Stammschule) angemessene Berücksichtigung finden soll.

Einführung des elektronischen Versetzungsverfahrens für den Versetzungstermin 1.8.2024

Den HPRS haben Rückmeldungen erreicht, die dem vom Ministerium verkündeten „reibungslosen Ablauf“ des elektronischen Versetzungsverfahrens widersprechen. So wird beispielsweise deutlich, dass den Personalräten im neuen Verfahren erheblich weniger Informationen zur Verfügung gestellt werden. Mit einer solchen Umsetzung von Digitalisierungsprozessen werden Beteiligungsverfahren behindert (Vgl. § 61 HPVG – Übermittlung erforderlicher Unterlagen). Der HPRS insistierte massiv auf Transparenz, auch auf papiergebundenem Wege.

Einstellungserlass – Ergänzung eines „Vorrangmerkmals Berufliche Schulen“

Zu den bereits existierenden Vorrangmerkmalen (GYM an G, GYM auf HR, DaFZ) sollen Bewerberinnen und Bewerber mit dem Lehramt Gymnasien ihre Bereitschaft zur Einstellung an einer beruflichen Schule erklären können. An diese kann vorrangig ein Einstellungsangebot vergeben werden. Eine Ablehnung eines Einstellungsangebots hat keine nachteiligen Auswirkungen auf den Anspruch auf ein weiteres Angebot.

Studie zu Belastungen von Lehrkräften durch den Einsatz digitaler Technologien

Derzeit findet durch die Goethe-Universität Frankfurt eine wissenschaftliche Untersuchung zu den Auswirkungen der Technologienutzung auf die Erholung von der Arbeit und das Wohlbefinden von Lehrkräften – „IT-HeRoEs – Influence of Technology on Health and Self-Reflection of Educators“ statt. Im Abstand von etwa je zwei Monaten werden ca. 100 Lehrkräfte jeweils 45 Minuten lang befragt; fünf Befragungen sind vorgesehen. Alle Schulformen sind vertreten, die Auswertung soll jedoch nicht nach Schulformen erfolgen. Ziel sei die Ableitung von konkreten praxisnahen Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrkräftegesundheit. Man darf gespannt sein, welche Ergebnisse zu welchen pädagogischen Maßnahmen und Formen der Umgestaltung von Unterricht vorgeschlagen werden. Mit ersten Ergebnissen sei Ende 2024 zu rechnen.

Bettina Happ-Rohé

PERSONALRATSWAHLEN 2024

- BEREICH BERUFSBILDENDE SCHULEN

Am 14. und 15. Mai finden die Personalratswahlen für den Schulbereich statt. Die GEW hat auf ihrer Landesdelegiertenversammlung im Oktober 2023 ihre Kandidat:innen für den Hauptpersonalrat Schule (HPRS) gewählt.

Für den Berufsbildenden Bereich kandidiert auf Listenplatz 4 der Liste Beamtinnen erstmals **Susanne Nissen**, die derzeit noch im GPRS Marburg-Biedenkopf tätig ist.



Erneut kandidiert **Bettina Happ-Rohé**, die seit 2012 Mitglied des HPRS ist.



Eine Veränderung erfolgt auf der Beamtenliste der Männer – mit **René Prokop** aus Wiesbaden rückt ein junger Kollege auf einen vorderen Listenplatz.



An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an den ausscheidenden Kollegen Markus Heberling, der nach vielen Jahren engagierter Arbeit aus dem HPRS ausscheidet.

Die letzte Wahl im Mai 2021 brachte zum wiederholten Male eine deutliche Mehrheit für die GEW-Fraktion im HPRS und mit 56,3% der Wähler:innenstimmen im Bereich der Berufsbildenden Schulen ein deutliches Votum für die weitere Arbeit der GEW-Vertreter:innen im HPRS. Alle Anträge, Vorlagen und Stellungnahmen der laufenden Legislaturperiode, die den berufsbildenden Bereich betreffen, stammen von der GEW-Fraktion.

Damit zeigt sich, dass die GEW die Interessen der Beschäftigten an Berufsbildenden Schulen ernst nimmt, sowie mannigfaltige Verbesserungen der Lehr- und Lernsituation aktiv anstößt und mitgestaltet.

Die aktuelle Bildungskrise zeigt die Mängel des bestehenden Systems auf: Veraltet, unterfinanziert und sozial ungerecht. Ein gerechtes, inklusives und zukunftsorientiertes Bildungssystem muss allen Akteuren die Möglichkeit der Weiterentwicklung bieten - dies wollen wir auch für alle Beschäftigten an Bildungseinrichtungen!

Zukunftsfähige Berufsschule, BÜA in Überführung in die Regelform, die im Koalitionsvertrag angekündigte Stärkung der Teilzeitausbildung oder produktionsorientiertes Lernen müssen mit Ressourcen unterfüttert werden – mit Personal- und Sachmitteln – dafür kämpfen die Personalräte:innen der

GEW auf allen Ebenen.

Das Gesamtsystem der Beruflichen Bildung (vom Betrieb über die Berufsbildende Schule, die überbetriebliche Ausbildung und die Kooperation zwischen den handelnden Akteuren) muss dringend in den Fokus genommen werden.

Der Erhalt der Berufsschulstandorte, eine Stärkung des ländlichen Raums und des dualen Systems, stellen keine Widersprüche dar. Vielmehr muss es unsere Aufgabe sein, die bildungspolitisch Verantwortlichen in ihrer Verpflichtung hinsichtlich einer sich stetig veränderten Arbeitswelt intensiv zu begleiten.

Angesichts der wenig konkreten Versprechen der Landesregierung liegt der Fokus der Personalräte auch in der bevorstehenden Amtsperiode darauf, die Umsetzung angekündigter Schlagworte wie „Partizipation und Transparenz“ kritisch zu begleiten und die Expertise aller an Berufsbildenden Schulen Tätigen einzubringen.

Wertschätzung darf nicht zur hohlen Phrase werden; es muss eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen erfolgen – nur so kann der Arbeitsplatz Schule an Attraktivität gewinnen und dem Lehrkräftemangel entgegengewirkt werden, auch an den Berufsbildenden Schulen! Dafür werden wir uns wie bisher engagiert einsetzen!

**Am 14. und 15. Mai
GEW wählen!**

Bettina Happ-Rohé

BERUFLICHE BILDUNG NEU DENKEN – CAMPUS FÜR BERUFLICHE BILDUNG

In Frankfurt am Main wird derzeit an einem wegweisenden Projekt gearbeitet: der Entwicklung eines Campus für Berufliche Bildung. Die Initiative kommt angesichts der unausweichlichen Modernisierung der beruflichen Bildung genau zur richtigen Zeit.

Die rasante Entwicklung von Technologie und Gesellschaft stellt die Arbeitswelt vor neue Herausforderungen, denen man mit traditionellen Ansätzen nicht mehr gerecht werden kann. Dafür braucht es neue Ideen und Konzepte – und einen Ort, um diese umzusetzen. Dieser zukunftssträchtige Lernort der beruflichen Bildung entsteht in Frankfurt. Der Campus für Berufliche Bildung ist ein Kooperationsprojekt zwischen

der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main und der Stadt Frankfurt. Auf einem gemeinsam erworbenen Grundstück in Frankfurt Rödelheim soll ein Berufsbildungs- und Technologiezentrum der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main und ein Neubau der Philipp-Holzmann-Schule (Berufsbildende Schule) neu errichtet werden. Die einzigartige Integration von Berufsschule und Berufsbildungszentrum einer Handwerkskammer schafft eine wegweisende Plattform, um Theorie und Praxis auf innovative Weise zu vereinen. Beide Partner eint der Wille, den Campus in enger Zusammenarbeit miteinander zu konzipieren und umzusetzen. Im Oktober 2023 unterzeichneten sie eine Absichtserklärung für das Projekt über die Zusammenarbeit zur Entwicklung und

Realisierung sowie den dauerhaften partnerschaftlichen Betrieb des Campus. Somit wird hier bundesweit einmalig ein Ausbildungszentrum einer Kammer zusammen mit einer berufsbildenden Schule einen eigenständigen Campus bilden. In 2024 ist die Unterzeichnung weiterer Vereinbarungen zur gemeinschaftlichen Zusammenarbeit geplant.

zugeschnitten sind. Durch die enge Verknüpfung von Theorie und Praxis können Kompetenzen effektiver vermittelt und aufgebaut werden. Dabei wird sich an kompetenzorientierten Lehr- und Lernkonzepten orientiert. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Berufsbildungszentrum, die durch kooperative Arbeitsstrukturen und



Unterzeichnung der Absichtserklärung im Oktober 2023 auf dem zukünftigen Campusgelände: Dr. Christof Riess, Susanne Haus, Mike Josef und Sylvia Weber (v.li.n.re.). Fotos: Michels

Der Campus entsteht in Frankfurt-Rödelheim

Auf einem rund 38.000 qm großen Areal im Frankfurter Stadtteil Rödelheim wird der Campus für Berufliche Bildung entstehen. Der Standort im Nordwesten der Stadt bietet ideale Voraussetzungen für die Entwicklung eines modernen Bildungszentrums und ist gut an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden.

Neue Ideen, Konzepte und Räume: Berufliche Bildung neu gedacht!

Das Herzstück dieses Campus sind neuartige Lernkonzepte, die speziell auf die Bedürfnisse der Lernenden und die Anforderungen der modernen Arbeitswelt

die Förderung von Handlungs- und Reflexionskompetenzen gekennzeichnet ist. Diese partnerschaftliche Zusammenarbeit wird nicht nur auf bauliche Aspekte beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf die Verschaltung von theoretischem Berufsschulunterricht mit der überbetrieblichen Lehrlingsunter-

weisung der Handwerkskammer. Kernidee ist, dass der Unterricht beider Einrichtungen zeitlich, räumlich und inhaltlich systematisch aufeinander abgestimmt wird. Die zielgerichtete Verschaltung der Lerninhalte aus Theorie und Praxis soll den Lernerfolg der Teilnehmenden nachhaltig steigern und letztendlich die Ergebnisse bei Gesellenprüfungen verbessern. Für die Lehrkräfte beider Institutionen eröffnet sich dadurch ebenfalls eine spannende Gelegenheit, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten zu teilen und voneinander zu lernen. Diese intensive Interaktion schafft eine dynamische Umgebung, in der Ideen entstehen und Innovationen gedeihen können.

Am Campus sollen zukunftsorientierte Angebote geschaffen wer-

den, die Menschen in jeder Phase ihrer Berufslaufbahn unterstützen. Die Vision hinter diesem Projekt ist, eine echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zu schaffen und damit Fachkräfte optimal auf die Anforderungen der Zukunft vorzubereiten. Unter dem



Illustration: Michael Tewiele

Leitspruch „**Berufliche Bildung neu denken**“ werden gemeinsame Ansätze zur Aus- und Weiterbildung von Handwerkerinnen und Handwerkern entwickelt. Besonders hervorzuheben ist die einzigartige Möglichkeit zum institutionsübergreifenden Austausch, die durch den gemeinsamen Lernort aller Beteiligten auf dem Campus ermöglicht wird. Sowohl Auszubildende als auch Fachkräfte haben hier die Gelegenheit, voneinander zu lernen und innovative Lehrmethoden zu entwickeln.

**Ein ganzheitlicher Ansatz für Bildung und Gemeinschaft:
Der Campus als lebendiger Treffpunkt im Quartier**

Dieser facettenreiche Ansatz wird nicht nur die Bildungsein-

richtung selbst bereichern, sondern auch eine inspirierende Lernumgebung schaffen, die über die Grenzen des reinen Unterrichts hinausgeht. Expertinnen und Experten aus dem Bildungsbereich sowie Schulbauspezialisten sehen hierbei eine wegweisende Entwicklung, die nicht nur die fachliche Ausbildung, sondern auch die soziale Interaktion und persönliche Entwicklung der Lernenden fördern kann.

Die Integration von großzügigen Grünflächen, Sportmöglichkeiten und Gemeinschaftseinrichtungen, wie Cafeteria und Grillstationen, bietet den jungen Menschen nicht nur einen Raum zum Lernen, sondern auch zum Entspannen und sozialen Austausch. Diese multidimensionale Herangehensweise könne als Modell für zukünftige

Bildungseinrichtungen dienen, indem sie das Konzept einer umfassenden Bildungsgemeinschaft vorantreibt.

Durch die Einbindung der Nachbarschaft in das Campusleben wird nicht nur die lokale Gemeinschaft gestärkt, sondern

auch eine Plattform für den Inter- generationen Austausch geschaffen. Dies wird das Bildungsumfeld und den Stadtteil insgesamt bereichern und für eine breitere Sichtbarkeit des Handwerks sorgen, die berufliche Bildung insgesamt stärken.

Ein Leuchtturmprojekt für das Handwerk

Angesichts der Herausforderungen eines sich wandelnden Arbeitsmarktes und der wachsenden Nachfrage nach hochqualifizierten Fachkräften, markiert die Kooperation zwischen der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main und der Stadt Frankfurt einen bedeutenden Meilenstein für die Zukunft des Handwerks. Durch innovative Lehr- und Lernkonzepte einer modernen Einrichtung und einer breiten Palette an Unterstützungs- und Beratungsleistungen wird der Campus zu einem Ort, an dem die berufliche Bildung neu gedacht und gelebt wird und die Fachkräfte von morgen ausgebildet werden.

Insgesamt verspricht der Campus für Berufliche Bildung in Frankfurt ein wegweisendes Projekt zu werden, das nicht nur die Standards in der beruflichen Bildung einhält, sondern auch neue Maßstäbe für die Gestaltung und die Zusammenarbeit beruflicher Bildungseinrichtungen setzt.

Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main

Auf dem Campus für Berufliche Bildung sind geplant:

- Ein Neubau für die Philipp-Holzmann-Schule in mehr als 25 Berufen im Bereich Bau-, Gebäude und Agrarwirtschaft sowie Umwelt-technologie und Vollzeitschulformen,
- ein neues Berufsbildungs- und Technologiezentrum der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main für mehr als 10 Fachrichtungen handwerklicher Berufe mit Lehrgängen zur Beruflichen Orientierung, überbetrieblicher Lehrlingsunterweisung, Meisterkursen, Fortbildungsmodulen für ausgebildete Fachkräfte und
- ein neues Gästehaus für (Nachwuchs-)Fachkräfte.

Zwischen den Bildungsinstitutionen in unterschiedlicher Trägerschaft sind vielfältige Kooperationen vorgesehen: Von der gemeinsamen Nutzung von Infrastruktur (wie Maschinen, Werkzeugen, Werkstätten, Fachräumen, Sporthalle und Mensa) bis hin zur lern- und berufsfeldübergreifenden Aus- und Fortbildung der (Nachwuchs-)Fachkräfte. Die schrittweise Inbetriebnahme des Campus ist für Anfang 2030 geplant.

VIER UMWELTECHNISCHE BERUFE MODERNISIERT

Digitalisierung, Klimawandel sowie technische und rechtliche Rahmenbedingungen machten Neuordnung erforderlich

Systemrelevant und Teil der kritischen Infrastruktur – Fachkräfte in den umwelttechnischen Berufen arbeiten in gesellschaftlich hoch relevanten Bereichen: in der Wasserversorgung, der Abwasserbewirtschaftung, der Kreislauf- und Abfallwirtschaft sowie in der Pflege und Wartung von Rohrleitungsnetzen und Industrieanlagen. Herausforderungen wie die Digitalisierung, der Klimawandel sowie veränderte technische und rechtliche Anforderungen haben eine Modernisierung der vier Ausbildungsordnungen erforderlich gemacht.

Das **Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)** hat daher gemeinsam mit den zuständigen Bundesministerien sowie den Sozialpartnern und Sachverständigen aus der betrieblichen Praxis im Auftrag der Bundesregierung die Ausbildungsordnungen dieser Berufefamilie modernisiert. Die vier neuen Ausbildungsordnungen treten zum 1. August 2024 in Kraft.

Mit der Modernisierung erhalten die Berufe zudem neue Abschlussbezeichnungen, welche die durch die Digitalisierung gestiegenen Anforderungen widerspiegeln. Gleichzeitig gibt es in den einzelnen Berufen verschiedene Neuerungen, unter anderem:

- waren bei den **Umwelttechnologien/Umwelttechnologininnen für Wasserversorgung** der nachhaltige Umgang mit der Ressource Wasser und die Optimierung von Prozessen, um Wasserverluste zu verhindern, wichtige Aspekte im Neuordnungsprozess,



- wird das Berufsprofil der **Umwelttechnologien/Umwelttechnologininnen für Abwasserbewirtschaftung** vor dem Hintergrund des Klimawandels um den Schwerpunkt Regenwasserbewirtschaftung erweitert und es kommen weitergehende Reinigungsverfahren hinzu,

- entfallen bei den **Umwelttechnologien/Umwelttechnologininnen für Kreislauf- und Abfallwirtschaft** die bisherigen Schwerpunkte, so dass sie zukünftig vielfältiger einsetzbar sind, und

- die **Umwelttechnologien/Umwelttechnologininnen für Rohrleitungsnetze und Industrieanlagen** werden weiterhin in diesen beiden Schwerpunkten ausgebildet, allerdings haben sich die zeitlichen Richtwerte von 30 auf 42 Wochen erhöht.

Die gemeinsamen Kernqualifikationen bleiben erhalten. Allerdings reduziert sich der zeitliche Umfang hier von 15 auf zwölf Monate.

So wird mehr Raum für die berufsspezifischen fachlichen Inhalte und die erhöhten Anforderungen an die IT-Sicherheit geschaffen. An die Stelle der traditionellen Prüfungsstruktur aus Zwischen- und Abschlussprüfung tritt in Zukunft die gestreckte Abschlussprüfung.

Die modernisierten Ausbildungsordnungen für den betrieblichen Teil sowie die darauf abgestimmten Rahmenlehrpläne für den schulischen Teil der Ausbildung lösen die bestehenden Ausbildungsregelungen aus dem Jahr 2002 ab.

Die neu geordneten Berufe flankiert das BIBB mit weiteren Aktivitäten. So sollen für jeden der Berufe die Strukturen und Inhalte in jeweils einer Ausgabe der BIBB-Reihe „Ausbildung Gestalten“ erläutert werden.

Weitere Informationen:
www.bibb.de/UT-Berufe

BIBB-PM 01/2024 - 03.01.2024

DIE WISSENSCHAFTLICHE METHODE

Eine vergnügliche Geschichte

Vor einiger Zeit erhielt ich den Anruf eines Kollegen, der mich bat, Schiedsmann über die Bewertung einer Examensleistung zu sein. Er wollte dem Studenten null Punkte für dessen Antwort zu einer Physikaufgabe geben, während dieser die volle Punktzahl beanspruchte. Er würde sie auch bekommen, wenn das System nicht gegen ihn gerichtet wäre. Der Lehrer und der Student kamen überein, den Fall einem unparteiischen Vermittler zu übergeben, und ich wurde ausgewählt. Ich las die Prüfungsfrage: „Zeige, wie es möglich ist, die Höhe eines großen Gebäudes mit Hilfe eines Barometers zu bestimmen.“

Der Student hatte geantwortet: „Bringen Sie das Barometer zur Spitze des Gebäudes, befestigen Sie ein langes Seil daran, lassen Sie das Barometer zur Straße hinab und ziehen Sie es sodann herauf, indem Sie die Länge des Seiles bestimmen. Die Länge des Seiles ist dann die Höhe des Gebäudes.“

Ich wies darauf hin, dass der Student tatsächlich gute Argumente für die volle Punktzahl besaß, da er die Frage vollständig und richtig beantwortet hatte. Eine gute Examensnote bestätigt andererseits Kompetenz in Physik, was aber aus der Antwort nicht hervorging. Ich schlug vor, dass dem Studenten eine weitere Möglichkeit gegeben werden sollte, die Frage zu beantworten. Ich war nicht überrascht, dass mein Kollege zustimmte, aber ich wunderte mich, dass der Student es tat.

Ich gab dem Studenten sechs Minuten Zeit, die Frage zu beantworten, mit der Warnung, dass seine Antwort einige Kenntnisse in der

Physik aufweisen sollte. Am Ende von fünf Minuten hatte er überhaupt nichts zu Papier gebracht. Ich fragte ihn, ob er aufgeben wolle, aber er verneinte dies. Er hätte viele Lösungen zu diesem Problem und suche gerade die beste aus. In der nächsten Minute war die Antwort auf dem Blatt. Sie lautete:



„Bringen Sie das Barometer zur Spitze des Gebäudes und lehnen Sie sich über die Kante des Dachs. Lassen Sie das Barometer fallen und stoppen Sie den Fall mit einer Stoppuhr. Dann können Sie mit Hilfe der Formel $s = 1/2 at^2$ die Höhe des Gebäudes ausrechnen.“

Ab dieser Stelle fragte ich meinen Kollegen, ob er aufgeben wolle. Er stimmte zu und ich gab dem Studenten fast die volle Punktzahl.

Ich erinnerte, dass der Student gesagt hatte, er hätte andere Lösungen für dieses Problem, deshalb fragte ich ihn, welche das wären. „Sicher!“, sagte er. „Es gibt viele Wege, die Höhe eines hohen Gebäudes mit der Hilfe eines Barometers zu bestimmen. Sie können zum Beispiel das Barometer an einem sonnigen Tag mitnehmen und die Höhe des Barometers, die Länge seines Schattens und die Länge des Gebäudeschattens messen und unter Verwendung einer einfachen Verhältnisgleichung die Höhe des

Gebäudes bestimmen.“

„Schön.“, sagte ich. „Und die anderen?“

„Ja!“, sagte der Student. „Wenn Sie ein etwas anspruchsvolleres Verfahren wollen, dann befestigen Sie das Barometer an das Ende einer Leine, schwingen es als Pendel und bestimmen den Wert von ‚g‘ auf Straßenniveau und an der Spitze. Aus den unterschiedlichen Werten von ‚g‘ kann im Prinzip die Höhe des Gebäudes berechnet werden.“

„Letztendlich“, fasste er zusammen, „gibt es viele weitere Wege der Problemlösung. Wahrscheinlich die beste ist, das Barometer ins Erdgeschoss zu schaffen und an die Tür des Pfortners zu klopfen. Wenn dieser antwortet, sprechen Sie zu ihm folgendermaßen: ‘Herr Pfortner, hier habe ich ein schönes Barometer. Wenn Sie mir sagen, wie hoch das Gebäude ist, werde ich Ihnen dieses Barometer geben!’“

An diesem Punkt fragte ich den Studenten, ob er wirklich nicht die herkömmliche Antwort auf die Frage wüsste. Er versicherte, er wüsste sie. Er sei aber der Lehrer und Ausbilder und ihrer Versuche überdrüssig, ihn zu belehren, wie man denkt, wie die wissenschaftliche Methodik zu verwenden und die innere Logik eines Gegenstandes in einer pedantischen Weise zu erforschen sei. Dies geschehe oft in der neuen Mathematik, statt sich auf die Systematik des Gegenstandes zu konzentrieren.

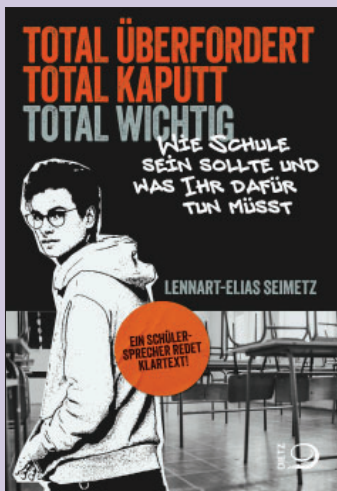
Aus „Angels on a pin“ by Alexander Calandra, Saturday Review, December 26, 1968.

neue Publikationen

Lennart-Elias Seimetz

**Total überfordert, total kaputt,
total wichtig**

*Wie Schule sein sollte und was Ihr
dafür tun müsst*



Schüler*innen sind die „Überhörten“, wenn es um ihre eigene Bildung geht, und gleichzeitig am meisten von den Fehlentscheidungen betroffen. Aus Sicht vieler Schüler*innen verfehlt Schule schon lange ihr Ziel und ist schon gar nicht zukunftsfähig, sagt Landesschülersprecher Lennart Seimetz.

Als Schüler*innenvertreter hat er es oft erlebt: Geht es um Schule, kommen „Experten“ zu Wort, die selber seit Jahrzehnten keine solche mehr von innen gesehen haben. Das Ergebnis sind realitätsferne Entscheidungen, zu denen die größte betroffene Gruppe, die Schüler*innen, zuvor nicht gefragt wurden. Seimetz macht klar, welche Probleme es gibt und welche Lösungsansätze sich Schüler*innen für mehr demokratische Teilhabe, Bildungsgerechtigkeit, Inklusion und psychische Gesundheit wünschen.

ISBN: 978-3-7639-7383-5

Axel Stommel

Klimapolitik: Die Optionen

Von Massenverbrauch und Einzelverzicht



Die Erderwärmung ist Fakt; ungebremst bewegen sich die Umweltdaten in die falsche, unheilvolle Richtung. Der Menschheit fehlt offensichtlich jener Selbsterhaltungstrieb, den jeder einzelne Mensch besitzt, denn sonst wären längst wirkungsvolle Gegenmaßnahmen veranlasst worden. Wie ist dieses Fehlen zu erklären und wie ist Abhilfe zu schaffen, damit wir endlich entscheidende Maßnahmen gegen das Desaster ergreifen, das uns droht. Die Antwort auf diese Schlüsselfragen der Umwelt- und Klimapolitik liefert Axel Stommel in diesem Buch.

Dabei entwickelt der Autor die fünf Optionen, die zur Bewältigung der multiplen Umwelt- und Klimakrise zur Verfügung stehen, führt gesamtgesellschaftliche und individualpsychologische, ökologische, ökonomische sowie soziale Erwägungen zusammen und legt die entscheidende Bedingung frei, unter der die Optionen wirken können.

ISBN 978-3-96317-367-7

Manfred Spitzer

Künstliche Intelligenz

Dem Menschen überlegen – wie KI uns rettet und bedroht

Künstliche Intelligenz unterscheidet sich von allen anderen Datentechnologien dadurch, dass sie Informationen so verarbeitet, wie es Gehirne auch tun: In künstlichen neuronalen Netzwerken laufen Eingangssignale über Milliarden von Synapsen und erzeugen Ausgangs-



signale.

Diese Funktionsweise erklärt das revolutionäre Potenzial, das KI-Anwendungen besitzen. Zugleich liegen darin auch Gefahren, denn KI verändert unser Leben umfassend und birgt das Risiko des Verlusts menschlicher Autonomie und Kontrolle.

Der Neurowissenschaftler Manfred Spitzer analysiert die Auswirkungen von KI in den verschiedensten Bereichen und zieht das Fazit: „Es sind Menschen, die KI produzieren und anwenden. Wir brauchen daher mehr Kontrolle, denn ein Missbrauch von Künstlicher Intelligenz könnte katastrophale Konsequenzen für die Menschheit haben“.

ISBN 978-3-426-44850-2

LERNEN MIT – UND ÜBER – TIKTOK

TikTok hat sich zu einer der beliebtesten Plattformen der Welt entwickelt. Auch im Kontext von Bildung und Lernen spielt die kostenfreie App eine Rolle. Dabei ist jedoch Vorsicht geboten, wie Falschinformationen und gefährliche Challenges zeigen.

TikTok ist die am schnellsten wachsende Plattform für Nachrichten, auf der kurze Videoinhalte geteilt werden – von Prominenten, Influencerinnen und Influencern, aber auch vielen Jugendlichen. Viele denken bei TikTok vor allem an tanzende Teenager oder Schminktipp. Die kostenfreie App des chinesischen Unternehmens ByteDance kann aber auch für Bildung und Lernen eingesetzt werden.

Falsche Infos und Mutproben

Wichtig zu wissen ist jedoch: Neben Neuigkeiten und Trends werden Propaganda, Falschinformationen und gefährliche Mutproben verbreitet. Bedenken gibt es auch mit Blick auf den Datenschutz: Die App sammelt umfangreiche, sensible persönliche Daten von Nutzerinnen und Nutzern.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) widmet TikTok ein ausführliches [Dossier](#) mit einem Dutzend Kapiteln. Erklärt wird zum Beispiel: Was ist TikTok überhaupt, wie funktioniert die Plattform genau, wer nutzt sie – und kann man mit TikTok auch lernen? Themen sind aber auch gefährliche Challenges, falsche Informationen und Kriegspropaganda, Hatefluencer und rechtsextreme Mobilisierung sowie die Sperrdebatte.

Mit Blick auf das Lernen mit TikTok weist die bpb entsprechend darauf hin: „TikTok wird zunehmend als Lern- und Bildungsplattform ernst genommen. Die Entwicklung von entsprechenden Formaten steht jedoch am Anfang.“ Etwas genauer unter die Lupe nimmt die bpb exemplarisch die Bereiche Erinnerungskultur und politische Meinungsbildung. Tipps,

TikTok im Visier

Die Europäische Kommission eröffnet ein Verfahren gegen die Online-Plattform TikTok. Es soll geprüft werden, ob TikTok genug gegen die Verbreitung illegaler Inhalte unternimmt und etwa beim Jugendschutz und Werbetransparenz gegen EU-Regeln verstoßen hat.

Die Kommission hatte eigenen Angaben zufolge bereits eine Voruntersuchung durchgeführt. Deren Ergebnisse hätten dazu geführt, ein förmliches Verfahren gegen TikTok einzuleiten. Vor fast genau zwei Monaten hatte die EU bereits ein ähnliches Verfahren gegen X (früher Twitter) eröffnet.

Quelle: DE 20.02.2024

wie sich TikTok im Unterricht einsetzen lässt, finden sich im Dossier eher weniger. Hintergrundwissen für Lehrerinnen und Lehrer, die im Unterricht über TikTok aufklären wollen, gibt es dafür reichlich. Empfehlungen zur Nutzung gibt es darüber hinaus im [Themenbereich TikTok von Klicksafe](#).

Wird TikTok im Unterricht eingesetzt, ist Filmbildung ein mögliches Stichwort. Die Plattform Kinofenster.de hat dazu ein Dossier mit Beispielen veröffentlicht. Dabei geht es um die Vermittlung von Film *durch* Film. „Über Besprechungen der dort geposteten Inhalte, kurze und maximal komprimierte Filmanalysen bis hin zu zahlreichen Tutorial-Videos, die teils mehr, teils weni-

ger sprachlich erklärend vorgehen, bietet TikTok eine reiche Fundgrube an Ideen für eine filmvermittelnde Arbeit und für eigene Filmexperimente“, heißt es.

Antisemitismus auf Tiktok

Schlagzeilen machten in den vergangenen Monaten etliche gefährliche TikTok-Trends: Bei der sogenannten Deo-Challenge, bei der Teilnehmende so viel Deodorant wie möglich einatmen, starben mindestens zwei junge Menschen. Tote gab es auch bei der Blackout-Challenge, bei der sich Jugendliche vor den Augen ihrer Followerinnen und Follower selbst bis zur Bewusstlosigkeit strangulieren.

Seit der jüngsten Eskalation im Nahostkonflikt sind zudem grausige Kriegsbilder auf der Plattform zu sehen. Vor allem der Hass auf Israel wird in vielen Videos propagiert. Hashtags wie #Palestine und #FreePalestine trenden, proisraelische sind weniger verbreitet. Im November kursierten Videos, in denen der Terroristenführer Osama bin Laden gefeiert wurde; Anlass ist ein rund 20 Jahre altes Pamphlet, in dem Bin Laden seine Sicht auf den Nahostkonflikt darlegt, inklusive antisemitischer Verschwörungsmymen. In einigen Ländern gibt es bereits ein TikTok-Verbot.

Aus: GEW-Newsletter 30.01.2024



BUND UND LÄNDER EINIGEN SICH AUF STARTCHANCEN-PROGRAMM

Größtes Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kann wie geplant zum Schuljahresbeginn 2024/25 starten

Hintergrund

In den letzten Monaten hat eine Verhandlungsgruppe der Länder mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in intensiven Verhandlungen die Vereinbarungstexte für das **Startchancen-Programm** erarbeitet. Diese wurden am 2. Februar 2024 von der Kultusministerkonferenz beschlossen.

Nach dieser Verständigung von Bund und Ländern folgen nun die erforderlichen Ratifizierungsprozesse in Bund und Ländern, bevor im Frühsommer 2024 die formale Unterzeichnung durch die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder sowie die Bundesministerin für Bildung und Forschung erfolgen soll.

Das Programm startet zum 1. August 2024 und läuft über zehn Jahre. Der Bund fördert es mit einer zusätzlichen Startchancen-Milliarde pro Jahr. Die Länder beteiligen sich in gleichem Umfang. Mit dem Programm begegnen Bund und Länder dem deutlichen Rückgang in der Kompetenzentwicklung bei vielen Schülerinnen und Schülern.

Etwa 4.000 Schulen in herausfordernder Lage und damit rund zehn Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Deutschland werden mit dem Startchancen-Programm gezielt unterstützt. An den Startchancen-Schulen wird in eine bessere Infrastruktur und Ausstattung investiert, aber auch bedarfsgerechte Maßnahmen der Schul- und Unterrichtsent-

wicklung und eine gezielte Stärkung multiprofessioneller Teams werden gefördert.

Die Höhe der Fördermittel, die ein Land vom Bund erhält, berücksichtigt die sozialen Rahmenbedingungen. Konkret wird hier der Anteil der Kinder und Jugendlichen aus armutsgefährdeten Familien und mit Migrationsgeschichte angelegt.

Ausstattung der Startchancen-Schulen eingesetzt werden. 30 Prozent der Mittel fließen als sogenannte Chancenbudgets in bedarfsgerechte Maßnahmen der Schul- und Unterrichtsentwicklung, beispielsweise für zusätzliche, gezielte Lernförderung in den Kernfächern Deutsch und Mathematik. Hier können die Startchancen-Schulen Lösungen umsetzen, die zu den konkreten Herausforderungen vor Ort passen.



Darüber hinaus wird in geringerem Umfang das Brutto-Inlandsprodukt der Länder berücksichtigt. Zudem verteilen die Länder die Fördermittel innerhalb des jeweiligen Landes gezielt auf Schulen in besonders herausfordernden Lagen. Die Festlegung der geförderten Schulen erfolgt durch das jeweilige Land auf Grundlage geeigneter, wissenschaftsgeleiteter Kriterien.

40 Prozent der Fördermittel sollen für eine bessere und damit lernförderlichere Infrastruktur und

Weitere 30 Prozent fließen in die Stärkung multiprofessioneller Teams. Damit ist es beispielsweise rechnerisch möglich, allein aus Bundesmitteln jeder Startchancen-Schule eine volle zusätzliche Stelle zuzuweisen.

Weil insbesondere in den ersten Schuljahren die entscheidenden Weichen für den Bildungserfolg gestellt werden, werden etwa 60 Prozent der geförderten Schülerinnen und Schüler Grundschüler sein. **Neben Grundschulen wer-**

den jedoch auch weiterführende Schulen und berufliche Schulen vom Startchancen-Programm profitieren.

Der Fokus des Programms liegt auf einer Stärkung der Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen und der Weiterentwicklung des Unterstützungssystems schulischer Bildung. Damit soll es einen zentralen Beitrag dazu leisten, die rückläufige Kompetenzentwicklung von Schülerinnen und Schülern umzukehren und den starken Zusammenhang zwischen sozialer

Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen. Zuletzt hatten Lernstandsuntersuchungen wie der nationale „IQB-Bildungstrend“ sowie die internationale „IGLU-Studie“ nachgewiesen, dass in Deutschland, wie in den meisten anderen westeuropäischen Ländern, die Leistungen der Grundschülerinnen und Grundschüler in den Basiskompetenzen deutlich zurückgehen. Auch die aktuelle PISA-Studie stellt fest, dass das Bildungsniveau in Deutschland wie auch im OECD-Durchschnitt gesunken ist.

Das Programm wurde wissenschaftsgeleitet konzipiert. Eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation sind integrale Bestandteile des Programms und sorgen dafür, dass Bewährtes in den Transfer gelangt und auch jenseits der geförderten Schulen Wirkung entfaltet. Bei der Umsetzung des Programms werden die Startchancen-Schulen über länderinterne und länderübergreifende Begleitstrukturen unterstützt.

**PM KMK und BMBF vom
02.02.2024**

GEW: „JA ZUM STARTCHANCENPROGRAMM – BEI DER FINANZIERUNG NACHBESSERN!“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat die Verständigung von Bund und Ländern zum Startchancenprogramm grundsätzlich begrüßt. „Es ist gelungen, dass ein Teil der Gelder nach Sozialindex verteilt wird. Das ist im Vergleich zur Vergangenheit und der Mittelvergabe nach dem ‚Königsteiner Schlüssel‘ ein echter Durchbruch. Endlich kann ein Teil der Gelder zielgerichtet dort eingesetzt werden, wo er am meisten benötigt wird: in armen Stadtvierteln und Regionen, für arme Familien“, sagte GEW-Vorsitzende Maike Finfern in einer ersten Reaktion auf den Bund-Länder-Kompromiss. Mit einem Gutachten des Wissenschaftlers Detlef Fickermann habe sich die Gewerkschaft erfolgreich für eine Abkehr vom „Königsteiner Schlüssel“ eingesetzt. Die Bildungsgewerkschaft stellte aber auch fest, dass deutlich zu wenig Mittel bereitgestellt würden und der Anteil der Gelder, die bedarfsgerecht verteilt werden, viel zu niedrig sei. „Aktuell stehen im besten Fall in den nächsten zehn Jahren jährlich zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Der Bedarf ist jedoch sehr viel höher“, betonte Finfern.

„Das Startchancenprogramm erreicht nur rund zehn Prozent aller Schülerinnen und Schüler. Gut 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind jedoch arm beziehungsweise armutsgefährdet“, begründete Finfern die Kritik an der Finanzierung. „Zudem beträgt allein der Sanierungsstau an Schulen rund

45 Milliarden Euro. Um diesen ernsthaft anzugehen, brauchen wir einen eigenständigen Finanzierungstopf. Das Startchancenprogramm kann nur ein Einstieg in eine dauerhafte, solide Finanzierung benachteiligter Schulen sein. Es muss über die zehnjährige Laufzeit hinaus verstetigt und besser ausfinanziert werden.“

„Die Politik muss jetzt mit dem Startchancenprogramm beweisen, dass dieses eine substanzielle Verbesserung der Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen im deutschen Schulsystem bewirkt“, sagte die GEW-Vorsitzende. Von den Ländern erwarte sie zudem, dass diese die Schulen und Schulleitungen bei der Administration des Programms, der Schulentwicklung, der pädagogischen Umsetzung und durch Fortbildung sowie mit zeitlichen Ressourcen unterstützen. Dies sei wichtig, damit nicht immer wieder Schulen allein aufgrund fehlender Zeit und Kompetenzen am Procedere scheitern. Denn das Programm richte sich gerade an die Schulen, die häufig besonders unter dem Lehrkräftemangel leiden.

Positiv hob Finfern hervor, dass das Programm bei der Auswahl der Schulen einen Schwerpunkt auf den Primarbereich lege und als Kriterien für die Auswahl der zu unterstützenden Schulen „Armutsgefährdung“ und „Migrationshintergrund“ entscheidend seien.

GEW-PM 02.02.2024

GEGENREDE ZU „DER HYPE UM DIE DIGITALISIERUNG DER BILDUNGSEINRICHTUNGEN“

Im Folgenden werden die Kernthesen von Helmut Gasper (*Insider* 04/2023) aufgelistet und anschließend kommentiert:

1. Schulen sind aktuell zu wenig mit digitalen Medien ausgestattet und ein professioneller Support ist selten. Die damit einhergehenden Unsicherheiten, Störungen und Belastungen gehen auf Kosten des Unterrichts
2. Die Legitimation digitaler Medien erfordert, dass sie ein besseres Lernen bzw. Verstehen als herkömmliche Medien gewährleisten
3. Nachdem sich das Digitale nur auf die internen Prozesse der Medien bezieht, ergibt sich für das Lernen und Verstehen kein Unterschied zwischen herkömmlichen und digitalen Medien, da Menschen nur analoge Signale aufnehmen können
4. Die Zeit, die Lehrpersonen und Lernende für das Erlernen des Handlings digitaler Medien aufbringen müssen, geht vom verfügbaren Zeitkontingent ab
5. In digitalen Medien sind Lehr-Lern-Materialien schneller und einfacher als in analogen Medien zu aktualisieren, zudem können mit ihnen einige Sachverhalte besser präsentiert werden als mit herkömmlichen Medien
6. Für die geringfügigen Vorteile von Digitalen Medien ist ein übertriebener Zeitaufwand für deren episodischen Einsatz erforderlich
7. Für das Lernen von Lesen, Schreiben, Rechnen bringen digitale Medien nichts, da sie nicht erkennen können, wo es hapert, das können nur die Lehrpersonen
8. Bei digitalen Medien besteht die Gefahr, dass zu oft zu viele Vorgaben gemacht und fertige Ergebnisse vorgegeben werden, die die Schülerinnen und Schüler überfordern. Das Entwickeln von Sachverhalten im Unterrichtsgespräch, die schrittweise Synthese, ausgehend von empirischem Einzelwissen zu einem wissenschaftlichen System der Erkenntnis, bleibt in der Regel auf der Strecke
9. Die Lehrmittelindustrie pusht die digitalen Medien, um Geschäfte zu machen
10. Hinter der medialen Digitalisierung der Schulen verbirgt sich eine utilitaristische Intention, unsere Jugend nicht bilden zu wollen, sondern nur für den Arbeitsmarkt fit zu machen.

These 1, 5 und 7 kann ich weitgehend bestätigen, wenngleich hier einige Differenzierungen angezeigt wären, die diesen Rahmen jedoch sprengen würden.

Zu These 2: Lernen und Verstehen wird nicht durch Medien erzeugt, sondern von diesen unterstützt. Allein durch die Vielfalt und anhaltende Verbesserung und Weiterentwicklung digitaler Medien ist davon auszugehen, dass mit ihnen Lehr-Lernprozesse möglich sind, die bislang kaum vorstellbar waren. Trotzdem wird die Frage

nach dem konkreten Nutzen immer im Einzelfall durch die methodische Handhabung und Einbindung in ein schlüssiges Gesamtgefüge entschieden. Bei einem Auto würde niemand die Frage stellen, ob man für ein modernes Fahrzeug besser neue oder alte Bauteile verwendet.

Zu These 3: **Richtig**, was die Sinneswahrnehmung betrifft, **falsch**, was die Signale betrifft. Wie soll man beispielsweise das, was eine VR-Brille liefert, mit einer Wandtafel kompensieren? Soll heißen: die digitalen Medien besitzen das Potenzial, unsere sinnlichen Wahrnehmungen in deutlich größerer Breite für Lehr-Lernprozesse zu erreichen als herkömmliche Medien.

Zu These 4: **Falsch**. Lehrpersonen müssen seit jeher eigenständig lernen, mit Medien zu arbeiten, und man kann davon ausgehen, dass dies im Rahmen zumutbarer

ChatGPT schreibt bessere Aufsätze als Schüler*innen

Die neueste Version des KI-gestützten Chatbot ChatGPT schreibt bessere Aufsätze als Schülerinnen und Schüler. Das zeigt eine Studie eines Forschungsteams der Universität Passau, das Lehrkräfte maschinengenerierte, englischsprachige Texte und Aufsätze von Oberstufenschüler*innen nach Richtlinien des niedersächsischen Kultusministeriums bewerten ließ. Insbesondere bei der Sprachbeherrschung schnitt das Programm besser ab. Die Studie ist im Oktober im Journal „Scientific Reports“ erschienen.

Quelle: didacta 01/24

beruflicher Weiterentwicklungen zu leisten ist. Bei den Schülern ein wenig anders: alles, was deren Alltags-Semiotik entspricht, wird unmittelbar umgesetzt, alles, was diese überschreitet, muss ihnen vermittelt werden.

Zu These 6: **Richtig**, wenn man davon ausgeht, dass digitale Medien ab und zu mal genutzt werden, falsch, wenn man sie systematisch einsetzt.

Zu These 8: **Falsch**, da hier Medien mit Methoden gleichgesetzt oder gekoppelt werden.

Zu These 9: Klingt nach Verschwörungstheorie

Zu These 10: Klingt nach Klassenkampf.

da man als Einzellehrperson hier sehr schnell überfordert ist.

Zudem wird in diesem Text die Digitalisierung des Unterrichts auf digitale Medien reduziert. Dabei wird ignoriert, dass wir inzwischen in einer fast vollständig digitalisierten Welt leben und ein analoger Unterricht zunehmend im Wider-

die Digitalität vorenthalten wird? Daher führt wohl kein Weg daran vorbei, dass verantwortungsbewusste Lehrpersonen sich konsequent und komplex mit der Digitalisierung in all ihren Facetten auseinandersetzen und dies in den Unterricht tragen und dort professionell, aber auch kritisch umsetzen. Wer dagegen argumentiert, zeigt sich zum einen als rückständig,



zum anderen löst er auch den Verdacht aus, zu beruflichen Weiterentwicklungen nicht bereit zu sein. Dass sich zwischen unseren Schulen und der Lebenswelt mit Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur eine immer größer werdende digitale Schere öffnet, liegt u.a. daran, dass zu Viele in unserem Bildungssystem (s. „Gesellschaft für

Zusammengefasst

Im o.a. Beitrag liegt eine Mischung aus richtigen und falschen Aussagen sowie einiger Polemik vor, die für die Gesamtdiskussion wenig hilfreich ist. Digitale Medien sind generell methodenneutral, besitzen aber ein enormes methodisches Potenzial. Dies kann nur dann erschlossen und genutzt werden, wenn man die alten Pfade von Frontal- und Erklär-Unterricht verlässt. Das, was „Lehrer des alten Schlags“ als Synthesegespräch verstehen, ist oft nur eine Frage-und-Antwort-Inszenierung, die schon vor Jahrzehnten als Schein-Interaktion identifiziert wurde. Will man funktionale Individualisierung, Differenzierung oder gar Personalisierung in den Lehr-Lernumgebungen unserer beruflichen Bildung realisieren oder ausbauen, können digitale Technologien und Infrastrukturen durch Interaktivität, Reaktivität und Responsivität enorme Hilfe leisten,

sprach zur gesellschaftlichen Realität steht. Neben der Medienthematik steht zum einen der enorme Raum pädagogischer Aspekte der Digitalisierung, mit all den Chancen, aber auch Risiken, die sich aus KI, Plattformökonomie, Social Networks usw. ergeben, zum anderen die gesamte berufsfachliche Digitalisierung, deren Ausparung an unseren Berufsschulen zu einer zunehmenden Unglaubwürdigkeit gegenüber Betrieben und Wirtschaft führt. Daher kehrt sich die Polemik der letzten These definitiv um, denn das Bildungsdefizit entsteht nicht mit den oder durch die digitalen Elemente in Schulen und Unterricht, sondern gegenteilig genau dann, wenn man diese hier heraushält.

Bildung ist der Weg eines Menschen zu Mündigkeit und Verantwortung. Wie soll dies ein Jugendlicher in der heutigen Welt erlangen, wenn ihm

Bildung und Wissen“) sich in dieser Filterblase befinden. Wenn man hier heraus will, hilft es, sich den Herausforderungen offen, interessiert und proaktiv zu stellen.

Letzte Anmerkung

Es wäre interessant, wenn man den Skeptikern einer Digitalisierung von Schulen und Unterricht die Smartphones, Autos, Fernseher, WLAN-Router, Amazon- und WhatsApp-Accounts wegnehmen würde.

Dann wäre für sie Zeit und Gelegenheit geschaffen, sich selbst als digitales Individuum zu reflektieren. Ich gehe davon aus, dass sie relativ schnell zu dem Schluss kommen würden, dass digitale Medien für sie durchaus bedeutsam sind.

Prof. Ralf Tenberg
TU Darmstadt

WEISST DU, WAS DU TUST?

Eine junge Frau wollte das Nazi-Regime nicht einfach ertragen.

Am 27.01.24, dem Holocaust-Gedenktage, veranstaltete die Kinzig-Schule Schlüchtern in Kooperation



mit dem Geschichtsverein und den Freunden der Synagoge Schlüchtern eine besondere Veranstaltung. Billie Rehwald, die Urenkelin der Wiener Widerstandskämpferin Antonia Bruha, war auf Initiative des Lehrers Günther Fecht zu Gast in Schlüchtern und stellte ihre Uroma den etwa 100 Schülerinnen und Schülern des 13. Jahrgangs des Beruflichen Gymnasiums vor. Die Geschichtslehrer:innen hatten unter Federführung ihres Kollegen Heiko Schmidt die angehenden Abiturient:innen thematisch auf die Zeit der Verfolgung und Vernichtung im Nationalsozialismus eingestellt.

Bevor jedoch die Urenkelin zu Wort kam, um aus der Autobiografie ihrer Urgroßmutter "Ich war keine Heldin" anhand gewählter Textstellen den Leidensweg - von der Gestapohaft in Wien zum Konzentrationslager Ravensbrück und ihrer Rückkehr nach Wien - zu berichten, stellte die Leiterin des Geschichtsvereins, Kerstin Baier-Hildebrand, ihre Forschungsarbeit vor. Es geht darin um die KZ-Aufseherin Emma Zimmer, die am Ende des Krieges versuchte, in Schlüchtern unterzutauchen. Die

Briten entdeckten sie und ließen sie nach Hamburg überstellen, wo sie im 6. Ravensbrück-Prozess für Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gesprochen und wenig später in Hameln hingerichtet wurde. Eine Begegnung beider Frauen im KZ Ravensbrück fand allerdings nicht statt.

Nachdem Antonia Bruha, Tochter österreichisch-tschechischer

Eltern, Hitlers "Mein Kampf" gelesen hatte, war ihr klar, etwas gegen die Nazis tun zu müssen. Zusammen mit ihrem Ehemann und vielen Freundinnen machte sie aus dem Wiener Arbeiterturnverein eine Widerstandsgruppe, welche die tschechische Arbeiterzeitung und Flugblätter verteilte; einige der jungen Frauen verübten sogar Brandanschläge auf Versorgungseinrichtungen der Nazis. Schließlich verriet ein eingeschleuster Spitzel die mittlerweile schwangere Antonia Bruha und einige ihrer Mitstreiterinnen. Sie kam in Haft, wurde

kurz vor Geburt ihres Kindes zwar entlassen, aber bereits drei Monate später wieder in Haft genommen. Trotz Folter und endlosen Verhören, in denen ihr sogar mit dem Tod ihrer kleinen Tochter gedroht wurde, verriet Bruha keine Freundin und auch nicht ihren Ehemann, der mangels Beweisen frei gekommen war. Sie saß fast ein Jahr in Einzelhaft in Wien, bis sie dann ins Frauen-KZ Ravensbrück überführt wurde.

Diese schreckliche Zeit im Lager überlebte die angehende Slawistik-Studentin aufgrund ihrer Sprachkenntnisse, die ihr halfen, Funktionshäftling zu werden. Im Konzentrationslager Ravensbrück habe es sehr viel Solidarität und kleine Akte der Menschlichkeit gegeben, die im Buch beschrieben werden. Insbesondere die politischen Gefangenen organisierten den Zusammenhalt. Kurz vor Kriegsende, als die Rote Armee vorrückte, schickten die Nazis auch hier die Gefangenen auf Todesmärsche. Antonia Bruha gelang es, mit einer Freundin zu fliehen und sich in einem Wald zu verstecken.

"Lehrer_innen wie auch Akteure im Bereich der außerschulischen Bildung müssen rassistische und rechtsextreme Positionen von politischen Parteien kritisch thematisieren. Dem stehen für den Bereich der schulischen Bildung weder Regelungen des Beamten- oder des Schulrechts noch der Beutelsbacher Konsens entgegen, der im schulischen und außerschulischen Bereich von politischer Bildung als Leitfaden dient.

Dies gilt gleichermaßen für die schulische und außerschulische Bildung. Wird der Grundsatz der gleichen Menschenwürde und der Rechtsgleichheit eines jeden Individuums in Frage gestellt, haben Lehrer_innen sowie Akteure im Rahmen staatlich geförderter Bildungsarbeit dem zu widersprechen, auch wenn es sich um Positionen politischer Parteien handelt. Wesentlich ist allein, dass die Auseinandersetzung sachlich erfolgt."

Hendrik Cremer vom Deutschen Institut für Menschenrechte.

Wenige Tage später gelang es ihr, dank ihrer Sprachkenntnisse, einen russischen Offizier dazu zu bringen, ihnen einen Passierschein auszustellen. Während die beiden auf ihrer weiteren Flucht in den tschechischen Grenzgebieten als Heldinnen begrüßt und unterstützt wurden, fiel die Ankunft in Wien deutlich kühler und reservierter aus.

Auch wenn sie ihren Ehemann und ihre vierjährige Tochter bald wieder in die Arme schließen konnte, so brauchte sie lange, um die körperlichen und psychischen Strapazen im KZ Ravensbrück zu verarbeiten. Sie verfasste ein Buch und berichtete an Schulen. Mit 91 Jahren starb die nimmermüde Gegnerin des Faschismus im Jahre 2015 in Wien. Antonia Bruha erhielt für ihre Tätigkeit im Widerstand zahlreiche in- und ausländische Ehrungen, unter anderem das Goldene Verdienstzeichen der Stadt Wien. Die ehemalige Leiterin des Dokumentationszentrums des

und im Alter von 19 Jahren, sich intensiver mit ihrer Urgroßmutter zu beschäftigen. Sie überzeugte den Verlag, die Memoiren ihrer

Schüler in der anschließenden Fragestunde. Auf der Fahrt zum Flughafen ärgerte sich Billie darüber, dass sie es versäumt hatte, die Schülerinnen und



Urgroßmutter erneut zu drucken. Zu Beginn ihres Vortrages bedauerte Billie Rehwald, dass sie sich als junges Mädchen zu spät mit Politik beschäftigt habe und ihre Urgroßmutter deshalb kaum mehr über die damalige Zeit befragen konnte. Die Schülerinnen und Schüler hörten die ganze Zeit über gebannt zu. Als Billie die Passage vortrug, in der Antonia Bruha die Fahrt zum Bezirksgefängnis besch-

Schüler zum Kampf gegen die AfD aufgerufen zu haben; ganz die Uroma Antonia Bruha.

Günther Fecht

Das Buch:

**Antonia Bruha,
Ich war keine Heldin, 184 Seiten,
Europa Verlag, 2022.**

Was ist Rassismus?

Rassismus liegt vor, wenn Menschen aufgrund tatsächlicher oder vermeintlicher Merkmale wie z.B. ihrer Hautfarbe als homogene Gruppen konstituiert, negativ bewertet und ausgegrenzt werden. In der Regel wird zwischen zwei Formen von Rassismus unterschieden:

- ☛ Der klassische biologistische Rassismus behauptet eine Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschen aufgrund körperlicher Merkmale
- ☛ Der Neorassismus oder Kulturrassismus dagegen argumentiert mit kulturellen Zuschreibungen wie etwa „die Muslime“ oder „die Roma“, die mit ihren Werten und Traditionen scheinbar nicht zu den westlichen Werten passen.

Quelle:

didacta-magazin.de 4/2021



österreichischen Widerstands, Dr. Brigitte Bailer, schreibt im Vorwort, dass Antonia Bruha nicht nur eine Frau im Widerstand gewesen sei, sondern eine Heldin und ein Vorbild in der heutigen Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungstheorien.

Billie Rehwald begann erst zwei Jahre später, in der Coronazeit

reibt und dabei das ganz normale Leben in den Parks und Straßen Wiens beobachtet, merkten alle auf. Der Alltag ging weiter, die Sonne schien, die Straßenbahn fuhr, während Antonia Bruha im Gefängnis transportiert saß, der dann auch noch am Haus ihrer Eltern vorbeifuhr. Verstörend war auch der ins Gefängnis geschmuggelte Brief von Antonias Mutter, die in ihrer großen Sorge und Verzweiflung ihrer Tochter vorhielt, wie sie sich nur auf solche Sachen habe einlassen können, denn sie habe sie nicht großgezogen, damit sie dann in einem Kerker darben sollte.

Antonina Bruha war eine Heldin, so sahen es auch die Schülerinnen und

Wer gibt den beruflichen Schulen in Hessen den Namen?

Die meisten berufsbildenden Schulen in Hessen haben einen Namen, den sie einstmals bewusst mit ihrer Identität und Zielvorstellung gewählt haben. Insoweit stellen wir in jedem *insider* Schulen mit ihren Namensgeber/innen vor und geben somit auch ein Stück Erinnerung und Bewusstwerdung. In dieser Ausgabe werden die Erasmus-Kittler-Schule in Darmstadt und die Theodor-Heuss-Schule in Wetzlar vorgestellt. Wer für die nächste Ausgabe etwas zu seiner/ihrer Schule schreiben möchte, ist dazu herzlich eingeladen. (Die Redaktion).

Erasmus-Kittler-Schule Darmstadt (EKS)

Namensgeber



Erasmus Kittler (* 25. Juni 1852 in Schwabach bei Nürnberg; † 14. März 1929 in Darmstadt) war deutscher Elektrotechnik-Pionier und Physiker. Er begründete an der TH Darmstadt (heute TU Darmstadt) den weltweit ersten Studiengang für Elektrotechnik.

Kittler besuchte die Volksschule in Schwabach und das Lehrerseminar. Von 1871 bis 1874 arbeitete er als Volksschullehrer in Nürnberg. Es folgten 1875/76 Studien der Mathematik und Physik an der Technischen Hochschule München und der Universität Würzburg. Hier bestand er 1879 das Lehramtsexamen in Mathematik und Physik. 1880 promovierte er an der Universität Würzburg, 1881 folgte die Habilitation an der TH München.

Im Jahr 1882 richtete die Technische Hochschule Darmstadt den weltweit ersten Lehrstuhl für Elektrotechnik ein und berief im selben

Jahr Kittler auf diesen Lehrstuhl. Kittler baute an der TH Darmstadt 1883 den ersten Studiengang für Elektrotechnik an einer Hochschule auf und bildete die für die Elektrifizierung des Landes dringend erforderlichen Elektroingenieure aus. Sein Studienplan sah ein vierjähriges Studium der Elektrotechnik mit Abschlussprüfung vor.

Als Leiter des Baus der „Centralstation für elektrische Beleuchtung“ in Darmstadt war er maßgeblich am Aufbau der öffentlichen Stromversorgung beteiligt.

Mit der Inbetriebnahme 1888 machte das Werk Darmstadt - nach New York und Berlin - zur dritten Stadt weltweit mit einer flächigen Stromversorgung. Kittler war zudem an der Errichtung großer Elektrizitätswerke in Bremen, Düsseldorf, Mainz, Budapest, Danzig und Worms maßgeblich beteiligt.

Die Schule

1959 gründete Darmstadt die EKS mit den Berufsfeldern Metalltechnik und Elektrotechnik. 1986 wurde die E-Technik ausgegliedert und daraus die Heinrich-Emanuel-Merck-Schule gebildet. Heute unterrichten an der EKS ca. 60 Lehrkräfte ca. 1.300 Schüler*innen und Studierende in vier Schulformen: Berufsschule (17 Berufe), BÜA (Metall- und KFZ-technik), Fachoberschule (Maschinenbau und Informationstechnik) und Fachschule für Technik mit

den Fachrichtungen Maschinenbau sowie Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (SHK).

Im Leitbild heißt es unter anderem:

Vision – Wohin wollen wir?

- ☛ Hin zu einer Schule, in der wir Sinnvolles lernen.
- ☛ Hin zu einem Lernen, das im Dialog und im gegenseitigen Respekt stattfindet.

Welche Werte leiten uns?

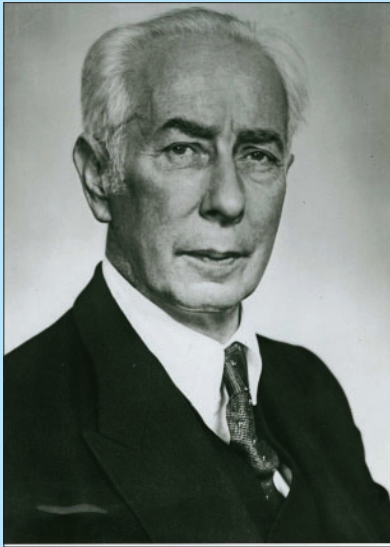
- Wir unterrichten Menschen und keine Fächer.
- Wir achten auf einen wertschätzenden Umgang.
- Wir verpflichten uns auf einen kooperativen und demokratischen Führungsstil.
- Wir fördern das selbstständige und verantwortliche Handeln.
- Wir achten auf einen schonenden Umgang mit unseren Ressourcen.

Die Schüler*innen und Studierende finden ein umfangreiches Beratungsangebot vor:

Schulsozialarbeit, Sucht- und Drogenberatung, Schulseelsorge, QuABB, Schüleraustausch mit einer Berufsschule in Sokolnice (Tschechien) und eine Bikeschool mit Bikepool in Kooperation mit der benachbarten Peter-Behrens-Schule sind besondere Projekte.

Theodor-Heuss-Schule Wetzlar (THS)

Namensgeber



Theodor Heuss (* 31. Januar 1884 in Brackenheim; † 12. Dezember 1963 in Stuttgart) war deutscher Publizist, Politikwissenschaftler und liberaler Politiker. Im Parlamentarischen Rat gestaltete er das Grundgesetz entscheidend mit. Von 1949 bis 1959 war Heuss erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

Theodor Heuss besuchte in Heilbronn die Volksschule und das humanistische Karls-Gymnasium. Er studierte Nationalökonomie, Literatur, Geschichte, Philosophie, Kunstgeschichte und Staatswissenschaften an der Münchner und der Berliner Universität. Angesichts der Bedrohung der Weimarer Republik durch den Nationalsozialismus bekämpfte Heuss in zahlreichen Reden Adolf Hitler und die NSDAP.

Im Laufe des Jahres 1933 verlor er einen Großteil seiner öffentlichen Ämter und Funktionen. Die liberalen Landesverbände der Westzonen gründeten am 12. Dezember 1948 die Freie Demokratische Partei (FDP) und wählten Heuss zum Vorsitzen-

den. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz mit großer Mehrheit vom Parlamentarischen Rat verabschiedet. Heuss hatte durch seine intellektuellen Fähigkeiten, seine rhetorische Begabung sowie durch seine inhaltliche und stilistische Mitgestaltung wesentliche Elemente der Verfassung mitgeprägt.

Am 12. September 1949 wurde Heuss durch die Mehrheit von CDU und FDP zum ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Weil er in seiner Person Politik, Geist und Volksnähe vereinte, repräsentierte er im In- und Ausland ein neues, nämlich ziviles und demokratisches Deutschland. In seiner ersten Amtszeit gewann Heuss großes politisches Ansehen und Popularität in der breiten Bevölkerung. Bei seiner Wiederwahl am 17. Juli 1954 wurde er parteiübergreifend mit 85,6 Prozent in eine zweite Amtszeit gewählt.

Die Schule

An der Theodor-Heuss-Schule in Wetzlar werden in den Berufsfeldern Wirtschaft und Verwaltung sowie Gesundheit 1.400 Schüler*innen unterrichtet. Im September 2023 bezog die Schule ihren 46 Millionen Euro teuren Neubau, der mit ökologischen und gesunden Materialien und Konstruktionen errichtet wurde und pädagogisch neuzeitlichen sowie ästhetischen Ansprüchen gerecht wird.

Die Schulformen sind Berufsschule (9 Ausbildungsberufe in Wirtschaft und Verwaltung), BÜA in Kooperation mit der Werner-von-Siemens-Schule in Wetzlar, Fachoberschule Wirtschaft und Verwaltung sowie das Berufli-

che Gymnasium Wirtschaft und Gesundheit in Kooperation mit der Käthe-Kollwitz-Schule Wetzlar.

Die THS ist stolz auf aktuelle Auszeichnungen und besondere Projekte

- ✿ Mit unserem individuellen und vertraulichen *Lerncoaching* bieten wir eine sehr erfolgreiche Unterstützung an.
- ✿ Ausgezeichnet für unsere hervorragende Berufs- und Studienorientierung (*Olov*) planen wir mit unseren Schüler*innen die Zukunft.
- ✿ 2022 wurde die THS erneut als *MINT freundliche Schule* ausgezeichnet, da unsere Schüler*innen in diesen Fächern abwechslungsreich interessiert, motiviert und begeistert werden.
- ✿ Lernen gelingt am besten, wenn es praxisnah ist. Deshalb arbeiten wir eng mit Unternehmen, Hochschulen und Kammern (*SAP4school*) zusammen, um echte Einblicke und Erfahrungen in die Arbeitswelt zu ermöglichen.
- ✿ Seit 2020 sorgen wir mit der Auszeichnung „*Digitale Schule*“ dafür, dass unsere Schüler*innen bestens auf die digitale Zukunft vorbereitet sind.
- ✿ Als Teil des „*Grenzenlos-Schulnetzwerks*“ des World University Service (WUS) bieten wir die Möglichkeit, internationale Erfahrungen zu sammeln und an spannenden Austauschprogrammen teilzunehmen.

Dieter Staudt
Zusammenstellungen aus Internetauftritten und Broschüren

UND TÄGLICH GRÜSST DIE PISA STUDIE

Verrohung der Gesellschaft ist Nährboden für Extreme

Schaut man sich die jüngste PISA-Studie an, müssten die Alarmglocken so laut schrillen, dass den Verantwortlichen davon die Ohren klingeln. Denn wieder einmal haben deutsche Schülerinnen und Schüler im internationalen Leistungsvergleich so schlecht abgeschnitten wie noch nie zuvor, und das sowohl im Lesen als auch in Mathematik und Naturwissenschaften. Laut der Studie sei die durchschnittliche Leistung auch international drastisch gesunken.

Die PISA-Studie wird seit dem Jahr 2000 alle drei Jahre durchgeführt. Getestet werden Kompetenzen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Bei der jüngsten Studie standen mathematische Kompetenzen im Mittelpunkt. Außerdem wurde zum ersten Mal das kreative Denken der Schülerinnen und Schüler erfasst. Weltweit nahmen 81 Länder und mehr als 600.000 15-Jährige an PISA 2022 teil, davon circa 13.000 Schülerinnen und Schüler aller Schultypen im Alter von 15 Jahren in Deutschland.

Im gleichen Rhythmus wie die Ergebnisse der Studie veröffentlicht werden, schauen Verantwortliche aus Politik, Wirtschaft und Bildung darauf und das Entsetzen über die „Leistungen“ wird von Mal zu Mal größer. Zunächst wird gejamert, dann entwickeln Experten und solche, die sich dafür halten, jedes Mal neue Konzepte, die diesen unsäglichen Zustand endlich ändern sollen. Auch mit Schuldzuweisungen wird nicht gegeizt. Allerdings ändert sich bisher nichts. Man könnte beinahe den Eindruck gewinnen, als sei das auch gar nicht gewollt.

Schulen sind ein Abbild der Gesellschaft. Das war so und ist so bis heute. Daraus folgt aber auch, dass Schule überhaupt nicht in der Lage ist, das aufzufangen, was in der Gesellschaft nicht funktioniert. Die Vorsitzende des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands, Kerstin Rehm, brachte es jüngst auf den Punkt. „Schule als Denkfabrik: Ja, unbedingt. Schule als Lösungsfabrik gesellschaftlicher Defizite: Nein. Das schaffen wir nicht.“

Seit Jahren oder besser Jahrzehnten bereits arbeiten sich Reformer an der Integration von Zugewanderten ab, mit dem Ziel, das Konfliktpotential, welches das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen nun mal mit sich bringt, zu minimieren. Mit mäßigem bis keinem Erfolg. Dennoch werden Politikerinnen und Politiker, die den Weg für diese Maßnahmen geebnet haben, nicht müde, immer wieder zu propagieren, dass Integration der Weg zu einem besseren Miteinander sei. Wenn man hier zu Lande allerdings von Integration spricht, ist nach manchem Verständnis eigentlich das sich Orientieren an oder gar Unterordnen in die deutsche „Leitkultur“ gemeint.

Bildung als Schlüsselrolle bei der Integration

Schaut man nur einmal in die Bundeshauptstadt, graust es einen nur noch. In bestimmten Stadtteilen Berlins sind die Verhältnisse geradezu katastrophal. „Grausam und skrupellos gehe es an Berliner Schulen zu“, liest es sich dann in den Medien. Die Brutalität an manchen Schulen sei kaum zu beschreiben. Die Lehrkräfte stehen vor schier unlösbaren Aufgaben.

Unterricht, sprich Bildung, die zur Integration für ein friedliches Miteinander führen soll, ist so überhaupt nicht möglich. Ob zusätzliche Lehrkräfte und anderes pädagogisches Personal helfen, das Problem zu beheben, ist zu bezweifeln. Zumal es schwierig ist, dafür qualifizierte Menschen zu finden, geschweige denn sie zu motivieren. Außerdem ist wie immer das Geld knapp. Haushaltskürzungen aller Orten.

Wobei bei der Bildung seit Jahren gespart wird. Marode Schulen sind dafür sicher ein gutes Beispiel. Wohlfühlorte sehen anders aus. Der Spaß am Lernen wird in einem solchen „Ambiente“ nicht gerade gefördert. Hinzu kommt, dass, wer aus einem Haushalt mit geringem Einkommen kommt, in den Bereichen Bildung und Freizeit oft sowieso benachteiligt ist. Armut unter jungen Menschen wird immer stärker auch im digitalen Bereich deutlich. Technische Geräte für den Online-Unterricht, die Internetgeschwindigkeit zuhause oder zahlungspflichtige Streamingdienste können sich nicht alle Familien und junge Menschen in Deutschland leisten. Dabei soll doch gerade die Digitalisierung der Heilsbringer für eine bessere Bildung sein. Wobei ein noch so schnelles Internet an Schulen nichts bringt, wenn Bildungskonzepte dafür fehlen.

Wer oder was ist schuld an der Misere?

Parteien aller Couleur und so genannte Expertinnen und Experten haben jeder und jede für sich nun ebenfalls endlich die Ursachen für die Misere an deutschen Schulen ausgemacht. Die Flüchtlinge seien es, sagen die einen. Das passt gut in

diese Zeit. Denn der Populismus greift immer weiter um sich und selbst die so genannten bürgerlichen Parteien mischen mittlerweile kräftig mit. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz zum Beispiel hat eine Überlastung der Schulen durch Kinder mit begrenzten Deutschkenntnissen beklagt und zur Lösung eine Begrenzung der Asylwanderung gefordert. Er ist der Auffassung, dass zu viele Schulen zu viele Kinder hätten, die die deutsche Sprache nicht richtig beherrschen. Das sieht der sächsische Kultusminister und Parteifreund Christian Piwarz genauso. Er ist der Meinung, dass die Migration für die Überlastung der Schule, und damit für die schlechten PISA-Ergebnisse verantwortlich sei. Die Chemnitzer Migrationsforscherin Glorius, die auch die Bundesregierung berät, widerspricht allerdings dieser Einschätzung. Ihrer Ansicht nach gebe es dort vielmehr schon länger ein strukturelles Problem.

Wenig Vertrauen in die Qualität der Schulen

Die Deutschen haben generell immer weniger Vertrauen in die Qualität der Schulen. Das geht zumindest aus dem aktuellen Ifo-Bildungsbarometer hervor. An der jüngsten repräsentativen Befragung nahmen 5.636 Personen in Deutschland zwischen 18 und 69 Jahren teil. Danach glauben fast 80 Prozent, dass sich die Schulbildung durch die Coronapandemie verschlechtert habe. Den Lehrkräftemangel erkennen die Befragten als wichtigstes Problem, gefolgt von fehlenden finanziellen Mitteln und der Trägheit des Systems. Dementsprechend plädierten



74 Prozent der Deutschen dafür, mehr Geld für Bildung bereit zu stellen. Für die Digitalisierung, die eine knappe Mehrheit inzwischen eher als hilfreich denn als schädlich ansehe, solle der Bund weiter Geld ausgeben. Schüler und Schülerinnen an weiterführenden Schulen sollten demnach mit Computern ausgestattet werden.

Berufsbildende Schulen ebenfalls betroffen

Für gute Leistungen von Schülerinnen und Schülern sind gut ausgebildete Lehrkräfte nötig. Da wird wohl niemand widersprechen. Zu diesem Ergebnis einer PISA-Auswertung kommt auch die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Sie untersuchte den Zusammenhang von Unterricht und Qualifizierung. Laut dieser Studie hatten die Klassen mit den schlechtesten Ergebnissen auch die geringer qualifizierten Lehrkräfte. Gemeint sind die so genannten Quer- und Seiteneinsteiger. Wer aber glaubt, dass diejenigen, die eine „klassische“ Ausbildung als Lehrkraft durchlaufen, besser qualifiziert seien, der wird nicht selten eines Besseren belehrt. Die

Ausbildung an den Universitäten und das sich anschließende Referendariat gehen an der Realität vorbei und bereiten die angehenden Lehrkräfte nicht wirklich auf das vor, was sie später in den Schulen erwartet.

Hinzu kommt, dass zwischen den Schulformen keinerlei Differenzierung stattfindet. In allgemeinbildenden Schulen mag die „klassische“ Lehrerausbildung ihre Berechtigung haben, an den berufsbildenden Schulen hingegen machen so genannte Quer- und Seiteneinsteiger durchaus Sinn. Wer bereits aus einem Beruf kommt und sich danach für das Lehramt weiterqualifiziert, kann m.E. viel besser auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen, die auf das Berufsleben ja erst vorbereitet werden sollen.

Die Ergebnisse der PISA-Studie wirken sich auch auf die berufsbildenden Schulen aus. Denn viele der in der Studie geprüften Schülerinnen und Schüler treffen sich an den berufsbildenden Schulen wieder. Da die Verweildauer dort für die meisten aber relativ kurz ist, dürfte es für die Lehrkräfte

schwierig sein, die Versäumnisse der vorangegangenen Schuljahre aufzuarbeiten. Da ist der Frust schon vorprogrammiert, weil das in den meisten Fällen natürlich nicht zu leisten ist. Der wiederum überträgt sich auf die Unternehmen, die ihre Azubis aus dieser „Klientel“ generieren sollen. Ein Teufelskreis.

Für Hauptschüler ist nach dem Abschluss in der Regel eine duale Ausbildung der nächste Schritt in Richtung Berufseinstieg. Die Chancen, einen passenden Ausbildungsplatz zu finden, sind allerdings gering, denn unter den Studierenden sind viele Abbrecher, die inzwischen auf den Ausbildungsmarkt drängen. Hinzu kommt, dass Arbeitgeber lieber Schülerinnen und Schüler einstellen, die mindestens einen Realschulabschluss haben. Was dann für die meisten Hauptschülerinnen und -schüler bleibt, ist die Berufsvorbereitung.

Dort werden die Schülerinnen und Schüler aufgefangen, die nach ihrem Hauptschulabschluss, sofern sie ihn denn überhaupt erreichen konnten, keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Ob sie den tatsächlich angestrebt haben, steht auf einem anderen Blatt. Das einzige, was diese ein- bis zweijährige Vorbereitung den jungen Menschen allerdings bringt, ist, dass sie nicht gleich auf der Straße landen. Denn die Chancen danach auf einen Einstieg in das Berufsleben sind, trotz des großen Engagements der dort Unterrichtenden, relativ gering. Für die berufsbildenden Schulen bedeuten diese Maßnahmen immerhin höhere Schülerzahlen, die an anderer Stelle z.B. in der Berufsschule fehlen, weil ein Studienplatz verlockender ist.

Nachwort

Und täglich grüßt die PISA-Studie. Das ausgerechnet im Land

der Dichter und Denker. Und so scheucht alle drei Jahre das immer schlechtere Abschneiden der Schülerinnen und Schüler Verantwortliche aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf. Man müsste was tun. Ideen und Rettungsversuche für unser Bildungssystem gibt es deshalb viele. Nicht erst seit gestern. Soweit, so schlecht. Gebracht hat das bisher nämlich nicht viel bis gar nichts. Vielleicht gibt es mittlerweile auch einfach zu viele Baustellen. Da Bildungspolitik Ländersache ist, die auch noch in unterschiedlichen politischen Farben erscheint, kommt diese Komponente sicherlich erschwerend hinzu. Das soll keine Entschuldigung sein und der Berg an Problemen ist sicher eine Herausforderung für alle. Zugegeben. Dennoch sollten sie zügig angegangen werden. Denn mindestens ein Zeiger auf der Systemuhr für Bildung steht schon auf der Zwölf.

Es wäre vielleicht einmal einen Gedanken wert, es den Schweden nachzutun und das Rad zurückzudrehen. Die haben beispielsweise erkannt, dass die Digitalisierung in den Schulen auch nicht der große Wurf war. Also entschließen sie sich, im Unterricht wieder mehr Bücher zu lesen.

„Wenn es uns nicht gelingt, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen zu ermöglichen, gefährden wir unsere Demokratie“, warnt GEW-Vorsitzende Maike Finnen. Die GEW hat ein 15-Punkte-Programm gegen Lehrkräftemangel entwickelt. Unter anderem sollen die Lehrkräfte besser entlohnt werden, damit der Lehrerberuf attraktiver wird. Zudem müssen Schulen in schwierigerem Umfeld entschieden besser ausgestattet werden.

Das GEW-Programm auf www.gew.de/15-punkte-gegen-lehrkraeftemangel

Ganz schön mutig. Ebenso mutig wäre es, wenn man die Hauptschule und den damit verbundenen Abschluss wieder aufwerten würde, anstatt alle an die Gymnasien zu schicken. Dort sitzen heutzutage auch Schülerinnen und Schüler, die damit einfach überfordert sind. Mit dem Ergebnis, dass das Niveau insgesamt immer weiter sinkt. Ein Fachoberschulabschluss beispielsweise ist, was die Anforderungen betrifft, doch nur noch ein besserer Realschulabschluss, zumindest, was die allgemeinbildenden Fächer betrifft. Warum wollen immer mehr Kinder und Jugendliche das Abitur erreichen? Weil sie mit einem niedrigeren Abschluss auf dem Arbeitsmarkt kaum noch Chancen haben. Was das für die Schulen und eben für die Gesellschaft bedeutet, ist weiter oben bereits hinlänglich beschrieben. Und dass Arbeitgeber lieber einen Abiturienten oder eine Abiturientin einstellen, liegt auf der Hand. Die können wenigstens noch halbwegs gut lesen und schreiben. Das klingt zugegebenermaßen alles ziemlich bitter und mag an der einen oder anderen Stelle auch etwas übertrieben sein, kommt m.E. der Realität aber doch ziemlich nahe.

Ich glaube allerdings, dass bei all den Problemen in der Bildungslandschaft die größte Herausforderung sein wird, das auch wirklich ändern zu wollen. Und da sehe ich ehrlich gesagt eher schwarz. Warum? Nun, Anlässe für eine grundlegende Änderung der Bildungsmisere in Deutschland hat es in der Vergangenheit ja nun viele gegeben. Und passiert ist praktisch nichts. Aber in drei Jahren trifft man sich sicher wieder, wenn die Ergebnisse der nächsten Studie veröffentlicht wurden. Zumindest da bin ich mir sicher.

Thomas Meinen
Berufsschullehrer

Entwicklung der Schülerzahlen in den Schulformen der beruflichen Schulen

Schuljahr	2019/2019	2019/2020	2020/2021	2021/2022	2022/2023
Gesamtanzahl der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen	177.215	173.771	170.606	167.238	164.015
Seiteneinsteiger	2.844	2.065	1.866	1.936	4.335
Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (Teilzeit)	3.690	3.700	3.264	3.047	2.918
Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (Vollzeit)	3.691	2.964	2.444	1.955	2.078
Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung	3.342	3.324	3.707	4.891	4.950
Berufsschule	100.377	100.606	97.894	95.528	92.177
Zweijährige Berufsfachschule	7.340	7.310	7.629	6.606	5.366
Zweijährige höhere Berufsfachschule	7.375	7.317	7.250	6.945	6.480
Zweijährige Fachschule Vollzeit	2.000	1.810	1.851	1.747	1.640
Zweijährige Fachschule Teilzeit	3.028	2.870	2.622	2.529	2.431
Fachschule für Sozialwesen in praxisintegrierter Form	-/-	-/-	-/-	2.576	3.121
Fachschule für Sozialwesen Teilzeit	1.690	1.733.	1.417	1.200	1.063
Fachschule für Sozialwesen Vollzeit	7.518	7.547	8.119	5.994	5.581
Fachoberschule Form A	17.767	16.644	16.569	15.750	15.237
Fachoberschule Form B - Vollzeit	1.762	1.520	1.355	1.341	1.118
Berufliches Gymnasium	14.109	13.693	14.141	14.519	14.478

Zahlen durch HKM vorgestellt am 31.10.2023 in Grünberg

AUSBILDUNGSPLATZBILANZ DIE TALFAHRT SETZT SICH FORT

Die neue Berufsbildungsbilanz zeigt: Ohne Reformen geht es mit der betrieblichen Ausbildung weiter bergab.

sich im vergangenen Jahr für eine Ausbildung interessiert haben, nur 68,9 Prozent zum Zuge kamen. Als „Ausbildungsinteressierte“ gelten

in der amtlichen Statistik diejenigen, die entweder einen Vertrag unterschrieben haben oder von den Arbeitsagenturen als „ausbildungsplatzsuchend“ registriert wurden. Laut der Bilanz gab es zum gesetzlichen Stichtag 30. September 2023 insgesamt 63.700 „erfolglos suchende Nachfrager“. Das heißt, dass mehr als jede bzw. jeder Zehnte keine Stelle fand. Zugleich blieben aber bundesweit 73.444 Ausbildungsplätze in den Bereichen Handel, Handwerk, Verwaltung und freie Berufe unbesetzt. Dies ist eine neue Rekordzahl.

Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein für 100 Bewerberinnen und Bewerber deutlich weniger als 100 Angebote. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kann vor dem Hintergrund des Grundgesetzartikels 12 (freie Berufswahl) das Angebot dann als ausreichend bezeichnet werden, wenn auf 100 Bewerberinnen und Bewerber mindestens 112,5 freie Plätze kommen.

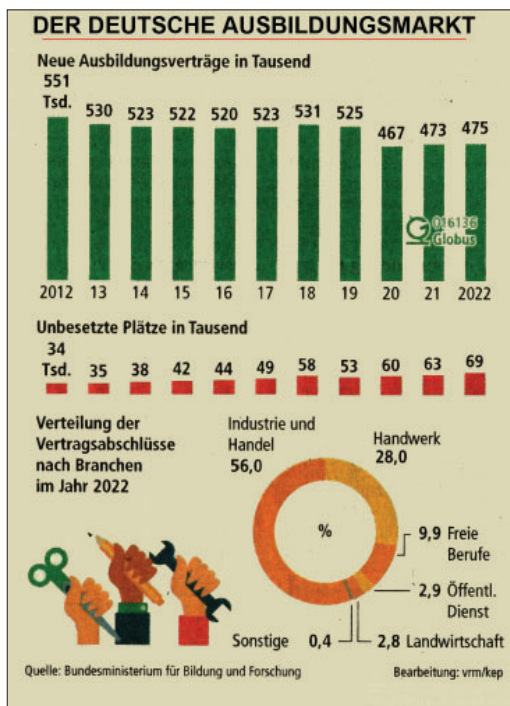
Doch neben regionalen Problemen kommen sachliche hinzu. Die schulischen Anforderungen an die Auszubildenden sind erheblich gestiegen – zugleich aber auch die Wünsche und Vorstellungen der Jugendlichen in Bezug auf ihren künftigen Beruf. Vor allem Gastronomie, Lebensmittelhandwerk sowie -einzelhandel haben nach wie vor große Nachwuchsprobleme. Besonders betroffen sind dabei Berufe, die auch im jährlichen Ausbildungsreport der DGB-Jugend auffällig häufig negativ bewertet werden. Neben Verstößen gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz werden unklare Arbeitszeiten, viele Überstunden, schlechte Bezahlung und geringe Aufstiegschancen beklagt.

Gründe der „Passungsprobleme“

Die Gründe für die zunehmenden „Passungsprobleme“ auf dem Ausbildungsmarkt sind seit Jahren bekannt. Zum einen sind sie wegen der unterschiedlichen Wirtschaftskraft, aber auch der unterschiedlichen demografischen Entwicklung der Schülerabgangszahlen regional bedingt. In Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen kamen im vergangenen Jahr auf 100 Bewerberinnen und Bewerber mindestens 105 Angebote. Dagegen gab es neben den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg auch in den Bundesländern Hessen,

Auch Abiturienten unter abgelehnten Bewerbern

Mehr als ein Drittel der 63.700 Jugendlichen, die keinen Ausbil-



Der Schein trügt: Während einige Wirtschaftsverbände und auch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) bereits „Lichtblicke auf dem Ausbildungsmarkt“ sehen, setzt sich die Talfahrt der Ausbildungsplatzbilanz fort. Zwar wurden nach den aktuellen Daten für das laufende Ausbildungsjahr mit 489.200 Neuverträgen 14.000 mehr (plus 3 Prozent) abgeschlossen als im Vorjahr. Gemessen an dem Niveau von 2019 vor Ausbruch der Corona-Pandemie ist dies jedoch noch immer ein Minus von 35.900 Verträgen (minus 6,8 Prozent).

„Von Normalität auf dem Ausbildungsmarkt gibt es noch keine Spur“, warnt deshalb DGB-Vize Elke Hannack. Sie verweist darauf, dass von den jungen Menschen, die



Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und
Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frank-
furt • Tel.: 069 / 97 12 930 •
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe

Berufsbildende Schulen

Layout:

Matthias Hohmann

Email: m.hohmann@gmx.net

Drucklegung: April 2024

Redaktion:

Dieter Staudt

Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •

Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker

Auflage: 4.500

Druckerei:

Druckerei Bender GmbH
Hauptstraße 27
35435 Wettenberg/Gießen

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

dungsplatz bekommen haben, hat einen Mittleren Schulabschluss. Diese Gruppe ist unter den Bewerberinnen und Bewerbern die größte. Von den abgewiesenen jungen Menschen haben zudem 30 Prozent (19.000) einen Hauptschulabschluss. Zugleich gibt es aber auch Abiturientinnen und Abiturienten sowie Schulabgängerinnen und -abgänger mit Fachhochschulreife unter den erfolglosen Bewerberinnen und Bewerbern.

Seit Jahren gibt es Vorschläge, um die Berufsbildung zu reformieren. Dazu gehören Verbesserungen beim Übergang von der Schule in den Beruf durch eine individuelle und verlässliche Berufsorientierung sowie die frühzeitige Berufsberatung in der Schule. Auch muss die gesetzliche „Ausbildungsgarantie“ für Jugendliche ohne Lehrstelle nachge-

bessert werden. Sie greift bisher nur in „unterversorgten“ Regionen.

Aber auch die Unternehmen sind in der Pflicht, wieder mehr betriebliche Ausbildungsplätze anzubieten, wenn das einst so stolze System der dualen Berufsausbildung von Betrieb und Berufsschule auch in Zukunft Bestand haben soll. Als erstes Bundesland hat Bremen einen verbindlichen umlagefinanzierten Ausbildungsfonds eingeführt, in den alle Betriebe einzahlen und mit dem die ausbildenden Unternehmen entlastet werden. Grundlage dafür war ein Gutachten renommierter Wirtschafts- und Arbeitsmarktforscher und Juristen. Doch mehrere Arbeitgeberverbände in der Hansestadt haben bereits Verfassungsklage gegen das Gesetz angekündigt.

Karl-Heinz Reith, freier Journalist

Neuordnung der Bauberufe

Zum 01.08.2024 sollte die Neuordnung von 19 Bauberufen in Kraft treten. Der gültige Rahmenlehrplan datiert aus dem Jahre 1999, insoweit ist es wirklich höchste Zeit für eine Neuordnung, denn auch in diesem Bereich hat sich vieles getan. Techniken und Materialien wurden neu- und fortentwickelt und insbesondere auch die bisher völlig unterentwickelten Aspekte und Inhalte der Nachhaltigkeit haben inzwischen hohe Priorität. Und nicht zuletzt haben sich in den letzten 24 Jahren auch die pädagogischen sowie didaktisch-methodischen Prinzipien deutlich gewandelt.

Die betrieblichen Ausbildungsordnungen wie auch die schulischen Rahmenlehrpläne sind inzwischen fertig, insoweit spricht eigentlich nichts gegen die geplante Einführung. Aber: Ganz zum Schluss wurde festgestellt, dass die Inhalte der Überbetrieblichen Ausbildung (übA) noch nicht fertig

sind (????). Das aber ist deshalb besonders bedeutsam, weil es, im Unterschied zu anderen handwerklichen Berufen, bei den Bauberufen einen gravierend höheren Anteil an überbetrieblicher Ausbildung gibt.



Insoweit gehen die beteiligten Experten inzwischen davon aus, dass die Neuordnung wahrscheinlich erst zum 01.08.2026 kommen wird. Ich frage mich, wie so etwas überhaupt passieren konnte?

Dieter Staudt

GEW-Tagung:

Berufsbildende Schule mit Zukunft - Potenziale nutzen!

Zeit: Beginn 13. Juni 2024 - 12.00 Uhr

Ende 14. Juni 2024 - 13.00 Uhr

Ort: Gustav-Stresemann-Institut Bonn

Die berufsbildenden Schulen sind derzeit im Mittelpunkt eines bedeutenden Transformationsprozesses, der die Bildungslandschaft maßgeblich prägt. Als unverzichtbare Säule in der Vorbereitung auf Berufsausbildungen, der Berufsausbildung selbst, der Vermittlung höherer Bildungsabschlüsse und der beruflichen Weiterbildung übernehmen sie eine tragende Rolle. Sie fördern die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen und tragen entscheidend zur Deckung des wachsenden Fachkräftebedarfs bei.

Angesichts gesellschaftlicher Transformationsprozesse ist es die Aufgabe der berufsbildenden Schulen, den jungen Menschen zukunftsorientiert und professionell zu vermitteln, welche Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten sie bei Themen wie dem digitalen Wandel, der Nachhaltigkeit oder der Zuwanderung haben. Dies geschieht trotz sinkender Ausbildungszahlen, Lehrkräftemangels und rasanter Digitalisierung. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag, der im Grundgesetz verankert ist, erfordert von allen berufsbildenden Schulen, über fachspezifische Kompetenzen hinaus, auch die Persönlichkeit der Lernenden zu stärken.

Diese Tagung greift zentrale Entwicklungsbereiche des Transformationsprozesses auf, bestimmt den derzeitigen Stand im Prozess und formuliert Handlungsfelder und -ziele für eine deutlichere Kraftanstrengung von Seiten der Politik und Arbeitgeber:innen. Es ist an der Zeit, die Potenziale berufsbildender Schulen besser auszuschöpfen, um den stetig steigenden gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden und den Bildungs- und Erziehungsauftrag zukunftsfähig zu gestalten.

Die Tagung wird in Vorträgen und Fachforen verschiedene zentrale Entwicklungsbereiche thematisieren, darunter die Inklusion im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention, die Integration zugewanderter Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, die Sicherung der Lehrkräfte und des Personals, die Weiterentwicklung der Berufsorientierung und des Übergangssystems, die Bildung für nachhaltige Entwicklung und die Notwendigkeit von Demokratieerziehung in unserer Zeit. Wir werden gemeinsam mit Vertreter:innen der jungen Menschen, der Wissenschaft, der Politik und Arbeitgeber:innen diese drängenden Fragen diskutieren.

Donnerstag 13. Juni

Input 1 „Gesellschaftliche Herausforderungen an das Ausbildungssystem“ Prof. Dr. Birgit Ziegler (TU Darmstadt)

Input 2 „Potenziale berufsbildender Schulen nutzen: Erkenntnisse aus dem DGB- Ausbildungsreport“ Kristof Becker (DGB-Bundesjugendsekretär)

7 Fachforen mit Expert:innen

Freitag 14. Juni

Ergebnisse der Foren – Marktplatz

Podiumsdiskussion mit Eingangsstatements: Was sind die Vorstellungen zur „Berufsbildenden Schule der Zukunft“ und welche Aufgaben hat diese?

Tagungsprogramm und Anmeldung unter: www.gew.de